

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Massen und Führer. II. (Schluß)	137	Arbeiterversicherung. Ortskrankenkassenwahl in Stolp	152
Demokratie in den Gewerkschaften	141	Gewerbegerichtliches. Wahl in Kreuznach	152
Wirtschaftliche Rundschau	144	Kartelle und Sekretariate. Arbeiterssekretär-Besuch für Bad Reichenhall	152
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	146	Mitteilungen. Quittung der Generalkommission über Quartalsbeiträge. — Zur Jahresstatistik der deutschen Gewerkschaftsstatistik. — Für die Verbandsexpeditionen. — Unterfütungsvereinigung	152
Kongresse. Vom belgischen Gewerkschafts- kongress 1910	147		
Lohnbewegungen und Streiks. Zur Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter. II. — Tarifbewegungen in Dänemark. — Die Tarifbewegung in Norwegen	149		

Massen und Führer.

II. Die Bedeutung einer ständigen Vertreter- Körperschaft für die Gewerkschaften.

„Die statistischen Zahlen von Elms waren überflüssig; was sie beweisen sollen, wissen wir schon,“ erklärte mein Kritiker in der Versammlung des zweiten Hamburger Wahlkreises am 17. Januar dieses Jahres.

Dieser Ausspruch ist charakteristisch; er zeigt, wie unbehagen den Theoretikern der Draufgängerpolitik statistische Zahlen sind. „Die Zeit der Männer ist vorbei, die Zeit der Massen ist gekommen,“ rief pathetisch mein Kritiker, und selbstverständlich sollen die gekommenen Massen nach ihm sofort die Führung übernehmen, die Führer sollen „Organe und Werkzeuge der Massen“ sein.

Ich hatte erklärt: „Unsere Organisationen sind die Waffen, mit welchen wir gegen den Kapitalismus ankämpfen müssen; ohne Organisation keine dauernden Erfolge auf wirtschaftlichem, keine Erfolge auf politischem Gebiet.“ Die von angeführten Zahlen waren der schlagendste Beweis, daß die Zeit der Massen noch nicht gekommen ist, daß die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Organisation bei ihnen noch nicht zu Fleisch und Blut geworden ist.

Trotzdem — die statistischen Zahlen sind überflüssig — in den Köpfen unserer Draufgänger ist die Zeit der Massen da, und wenn hundertmal festgestellt wird, daß von einer gefestigten Ueberzeugung bei ihnen noch nicht viel zu spüren ist.

Dieser Vogelstraukpolitik gegenüber wird immer und immer wieder auf die Tatsachen verwiesen werden müssen; wie groß ist der Prozentsatz der Organisierten im Verhältnis zu dem der Unorganisierten; wie lange sind die jetzigen Mitglieder schon organisiert — das ist für die Beurteilung eines Erfolges oder Nichterfolges von Massenaktionen die wichtigste Frage.

Die Zahl der politisch Organisierten kann nur gemessen werden an der Zahl der Reichstagswähler. Von der Gesamtzahl der bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 abgegebenen Stimmen erhielt die

Sozialdemokratie sagen wir rund $\frac{1}{4}$; von diesem Viertel sind aber noch nicht einmal $\frac{1}{4}$ politisch organisiert. Von der Gesamtwählerzahl ist also nur der sechzehnte Teil als politisch wirklich aufgeklärt zu bezeichnen.

Weiter — wie lange ist dieser sechzehnte Teil in der politischen Organisation?

Im Jahre 1906 waren Mitglieder der sozialdemokratischen Partei 384 000, 1910 720 000, von diesen 82 000 Frauen. Vor fünf Jahren war also nur zirka $\frac{1}{8}$ der sozialdemokratischen Wähler organisiert.

Das sind Durchschnittszahlen.

Betrachten wir uns die Distrikte im einzelnen, so finden wir Unterschiede von 5 bis 38 Proz. Am besten organisiert ist Hamburg mit 38 Proz. der sozialdemokratischen Wähler, dagegen sind in den großen westlichen Industriebezirken nur 13 bis 20 Proz. organisiert.

Ein ähnliches Bild bietet der Abonnementstand der sozialdemokratischen Zeitungen, auch hier ist es nur der vierte Teil der sozialdemokratischen Wähler, welcher regelmäßig die sozialdemokratische Zeitung seines Distriktes liest.

Angesichts dieser Tatsachen läßt sich doch wahrlich nicht behaupten, daß die Zeit der Massen schon gekommen ist. Mit der Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels allein ist es doch nicht getan; von einer festen Ueberzeugung kann doch erst dann geredet werden, wenn sie sich auch in Taten ausdrückt.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet ist die Zahl der Organisierten eine größere als auf dem politischen — im Jahre 1909 waren es 1,8 Millionen, 1910 ist die zweite Million organisierter Arbeiter erreicht worden. In bezug auf die Zahl der Organisierten ist die Gewerkschaftsbewegung in weit höherem Grade eine Massenbewegung als die politische. Aber wenn man sich die Zahl einmal etwas näher betrachtet, muß man auch bezüglich der gewerkschaftlichen Organisation leider sagen, daß es ein Trugschluß wäre, zu glauben, daß die Zeit der Massen schon gekommen wäre. Wohl ist in einigen Gewerben das Organisationsverhältnis ein sehr gutes, in anderen dagegen immer noch ein trauriges.

liche Gewerkschaftsbewegung, 2. keinen Eingriff in die grundsätzliche Auffassung und 3. keine Aenderung der taktischen Haltung der christlichen Gewerkschaften!

Es bleibt alles beim alten. Nur eines hat sich geändert. Die christlichen Gewerkschaften und die Fachabteilungen, diese „Hundsfüßer“, „Streitbrecher“ und „Brunnenbergister“, wie sie noch vor wenigen Monaten von den M.-Glabbacher Brüdern in Christo genannt wurden, liegen sich nicht mehr in den Haaren, sondern in den Armen. Und dann hat sich das Züricher Wort: Bis hierher und nicht weiter!, das die Herren Giesberts, Schiffer und Genossen dem Papst und den Bischöfen zuriefen, in das ergebener klingende Wort gewandelt: Bis hierher und immer weiter!

A. E.

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

- Afchersleben: Greiner, Robert, Ang. d. Metallarbeiter-Verbandes.
 Berlin: Müdel, Max, Ang. d. Gutmacher-Verbandes.
 Bielefeld: Schauppel, Gottfried, Angest. des Schneider-Verbandes.
 Breslau: Geide, Richard, Ang. d. Fabrikarb.-Verbandes.
 Cassel: Edel, Ernst, Ang. d. Textilarbeiter-Verbandes.
 Dessau: Haase, Wilhelm, Ang. d. Fabrikarb.-Verbandes.
 Deuben: Bönnisch, Johann, Ang. d. Fabrikarbeiter-Verbandes.
 Dresden: Friedrich, August, Ang. d. Bauarb.-Verbandes.
 Duisburg: Bruhns, Alfred, Ang. d. Bauarb.-Verbandes.
 Düsseldorf: Winnen, Peter, Redaktionssekretär.
 Elberfeld: Jürges, Wilhelm, Arbeitersekretär.
 Hamburg: Ihle, E. A., Ang. d. Gemeinbearb.-Verbandes.
 " Stender, Heinrich, Ang. d. Transportarbeiter-Verbandes.
 " Steinbock, Alex, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 Jena: Pfennfer, Georg, Geschäftsführer.
 Jena: Faber, Wilhelm, Redakteur.
 Königsberg: Behrendt, Franz, Ang. d. Buchdruckerei-Hilfsarbeiter-Verbandes.
 Landsberg a. W.: Kahser, Richard, Geschäftsführer.
 Leipzig: Bauersfeld, Friedrich, Ang. d. Bauarbeiter-Verbandes.
 " Scheibe, Ernst, Ang. d. Bauarbeiter-Verbandes.
 München: Maier, Franz, Ang. d. Bauarb.-Verbandes.
 Nürnberg: Giermann, Karl, Parteisekretär.
 Neumünster: Richter, Max, Ang. d. Lederarb.-Verbandes.
 Pforzheim: Regbau, Georg, Expedient.
 Wiesbaden: Pfeiffer, Heinrich, Angestellter des Schneiderverbandes.
 Reulendorf: Fröhlich, Carl, Expedient.

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Abrechnung vom 4. Quartal 1910.

Einnahme.

Rassenbestand vom 8. Quartal 1910	271,86 Mf.
999 Mitglieder-Beiträge	41 984,— "
Zurückgezahlte Unterstützung	75,— "
Zinsen	6 987,— "
Summa	49 247,64 Mf.

Ausgabe.

Zurückgezahlte Beiträge	1 288,20 Mf.
Witwenunterstützung	8 927,45 "
Invalidenunterstützung	1 875,— "
Waisenunterstützung	162,50 "
Sterbegeld an Frau Steinfatt	200,— "
" " " Bürger	200,— "
" " " Bulle	200,— "
" " " Behre	200,— "
" " " Gehlert	200,— "
" " " Nieß	200,— "
" " " Siegburg	200,— "
" " " Finke	200,— "
" " " Berner	200,— "
Abfindung einer Witwe	588,20 "
Porto	95,28 "
Drucksachen	7,45 "
An den Kassierer	200,— "
Auf der Bank	80 072,10 "
Rassenbestand	4 286,18 "
Summa	49 247,86 Mf.

Vermögensübersicht.

Auf der Bank	767 574,52 Mf.
Kassenbestand	4 286,18 "
Summa	771 810,70 Mf.

Verein Arbeiterpresse.

Abrechnung vom 4. Quartal 1910.

Einnahme.

Rassenbestand vom 8. Quartal 1910	970,57 Mf.
Postkontokonto	1 118,67 "
992 Mitglieder-Beiträge	992,— "
Zinsen	47,— "
Summa	8 128,24 Mf.

Ausgabe.

Druck der Mitteilungen Nr. 96	60,75 Mf.
" " " " 97	107,50 "
" " " " 98	22,— "
" " " " 97	47,20 "
" " " " 98	19,— "
Porto " " " 98	19,45 "
" " " " 97	20,75 "
Redaktion der Mitteilungen	40,— "
Honorar für das Jahrbuch	109,80 "
Porto	11,16 "
Kassierer	50,— "
Rassenbestand	2 616,18 "
Summa	8 128,24 Mf.

Vermögensübersicht.

Auf der Bank	4 742,68 Mf.
Rassenbestand	2 616,18 "
Summa	7 858,81 Mf.

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden

Die Revisoren:

Franz Stahl. Gustav Reinf.

Rechnet man von den bei der letzten Gewerbe-zählung in Gewerbe, Handel und Industrie festgestellten beschäftigten Personen von 9,3 Millionen als Organisationsfähige zirka 8 Millionen, von denen im ganzen 1908 1,8 Millionen organisiert waren, so sind das immer nur erst 22½ Proz. Zirka ¼ der Arbeiter sind also organisiert, ¾ stehen noch außerhalb der Gewerkschaften.

Dieses eine Viertel ist aber auch nur erst ver-hältnismäßig kurze Zeit organisiert.

Organisiert waren in den freien Gewerkschaften:

1900 680 000 = 8½ Proz. der Organisationsfähigen
1904 1 000 000 = 12½ " " "

Zur Stärkung der Organisationen hat sehr viel die Aussperrungstaktik der Unternehmer beigetragen, dadurch wurden die Massen förmlich in die Organisation hineingepeitscht. Von in ihren Anschauungen gefestigten Leuten läßt sich bezüglich eines großen Teiles der Gewerkschaftsmitglieder trotzdem noch nicht reden; das beweist am besten die Fluktuation in den Mitgliederzahlen bei den Gewerkschaften. Betrachten wir z. B. einmal den Zugang und den Abgang der Mitglieder beim Metallarbeiterverband.

Eingetreten sind:

1906	67 581
1907	66 895
1908	76 589

Zusammen . . . 210 565

Gegenüber diesem Zuwachs betrug der Mitgliederabgang:

1906	60 Prozent
1907	83 " "
1908	100 " "

Die Gesamtmitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1908 betrug 362 073. Die Zahl der Eingetretenen: 210 565 in 1906, 1907, 1908 (auch bei dem größeren Teil der übrigen Verbände sind leider ähnliche Verhältnisse zu konstatieren) beweist, daß große Massen von Arbeitern die gewerkschaftliche Organisation bis heute leider noch als mildegebende Kuh betrachten. Ist eine Lohnbewegung im Anzuge, dann kommen die Massen, um sich schleunigst noch das Recht auf Streikunterstützung zu sichern.

Daß der Gewerkschaftsführer diese Massen nicht als die kompetente Instanz betrachtet, die im Moment des Kampfes berechtigt sein soll, über das Gesamtvermögen des Verbandes zu verfügen, ist doch wohl selbstverständlich. Nur anarcho-syndikalistische Demagogen können in bezug auf das Entscheidungsrecht solcher Massen von „wahrer Demokratie“ reden, nur Leute vom grünen Tisch können solche Massen heilig sprechen und verlangen, daß die Gewerkschaftsbeamten ihre Werkzeuge sein sollen. Die Gewerkschaftsführer wären wirklich „elende Kerle“, wie Webel sagte, wenn sie nicht den Mut hätten, Leuten entgegenzutreten, die jahrzehntelang in stumpfer Resignation sich die Peitsche der Unternehmer gefallen ließen und dann plötzlich verlangen, daß der Verband unter allen Umständen für sie sein ganzes Vermögen aufs Spiel setzen soll, damit nun schleunigst nachgeholt werde, was durch ihren Indifferentismus so lange versäumt wurde.

Es ist geradezu schandbar, daß es in der Partei noch Leute gibt, die, wenn die Gewerkschaftsführer mit Mitgliedern in Konflikt geraten, die der Gewerkschaft erst verhältnismäßig kurze Zeit angehören und ihr vielleicht wieder den Rücken kehren, wenn die Lohnbewegung vorüber ist, dann von „erfreulichen

Symptomen“, von dem „echten revolutionären proletarischen Empfinden der Massen“ und von der „Verständnislosigkeit der „revisionistischen“ Gewerkschaftsführer“ fesseln. Zum Teufel auch — der von solchen Elementen geplante Beutezug auf das von den altbewährten Mitgliedern der Gewerkschaft angesammelte Vermögen ist alles andere — nur nicht revolutionär. Reaktionen sind's, denn sie würden, wenn man sie gewähren ließe, in kurzer Frist niederreißen, was andere in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit aufgebaut haben.

Revolutionär ist, wer den Aufbau der Organisationen der Arbeiter fördert, denn ohne sie ist eine Revolutionierung der Verhältnisse unmöglich. Vor der Tollheit, mit unorganisierten Massen Revolutionen machen zu wollen, können die deutschen Arbeiter nicht eindringlich genug gewarnt werden; mit dem Revolver in der Hand bleibende Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet schaffen zu wollen, ist die Torheit phantastischer, unreifer Köpfe, die von den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung keine blasse Ahnung haben. Wenn die russische Revolution etwas bewiesen hat, dann die aus den Ereignissen in Rußland unwiderleglich festgestellte Tatsache, daß der wirtschaftliche Aufstieg des Proletariats nicht plötzlich durch eine politische Revolution bewirkt werden kann. Die wirtschaftlichen Errungenschaften, Lohnerhöhungen, Verkürzung der Arbeitszeit, haben im günstigsten Fall einige Monate gedauert, dann war's damit wieder vorbei und die Gewerkschaften lagen zerschmettert am Boden. Die Ausschlichtung der Ereignisse in Moabit durch die Organe der Scharfmacher in Deutschland hat bewiesen, daß diese geradezu danach lechzen, einen Vorwand zu finden, die deutsche Arbeiterbewegung im Blut erstickten, durch Ausnahmegeetze ihre Entwicklung auf Jahrzehnte hemmen zu können.

Täuschen wir uns darüber nicht, diesen schändlichen Plan werden sie auf dem einen oder anderen Wege zu erreichen suchen. Gelingt es nicht, den Deutschen Reichstag zu diesem Attentat auf die Arbeiterorganisationen zu bewegen, so werden sie wiederum ihre Zuflucht zu ihrer Aussperrungstaktik nehmen. Die deutsche Arbeiterschaft wird in Zukunft mit gewaltigen Massenausperrungen zu rechnen haben. Da heißt es, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß wir gerüstet dastehen.

Kein Centralverband, und möge er finanziell noch so getränkt sein, wird bei einer großen Massenausperrung seiner Mitglieder aus eigener Kraft den Gegner zu überwinden imstande sein. Die notwendige solidarische Beihilfe der übrigen Verbände muß organisiert werden.

Es kann nicht schon jetzt darüber geredet werden, was in solchen Momenten zu geschehen hat. Die Maßnahmen müssen der Situation entsprechend getroffen werden. Auf den Ertrag von freiwilligen Sammlungen allein die Aktionen aufzubauen, wäre äußerst gewagt. Für die Bildung eines allgemeinen Abwehrfonds war bisher wenig Stimmung bei den großen Gewerkschaften vorhanden; einen Plan darüber zu entwickeln, scheint mir unter den obwaltenden Umständen Zeitvergeudung zu sein. Darüber dürfte jedoch allgemeines Einverständnis obwalten, daß die Gesamtheit der Gewerkschaften nicht kühl beiseite stehen darf, wenn einer Organisation durch einen ihr von den Kapitalisten aufgezwungenen Kampf Gefahr droht. Wie in solchen Momenten die notwendige Beihilfe zweckentsprechend organisiert werden kann, welche Opfer von den am Kampf nicht direkt beteiligten Gewerkschaften ge-

bracht werden können und gebracht werden müssen, kann nur in einer Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beraten und beschlossen werden.

Beansprucht ein Centralverband, daß die übrigen Verbände für ihn finanzielle Opfer bringen, muß diesen auch ein gewisses Mitbestimmungsrecht auf die während des Kampfes zu treffenden Maßnahmen eingeräumt werden.

Durch Dekrete von oben herab solche Maßnahmen erzwingen zu wollen, würde unmöglich sein. Die Massen der Kämpfenden müssen davon überzeugt werden, daß die einzuleitenden Schritte in ihrem Interesse, im Interesse ihres Verbandes und im Interesse der ganzen Gewerkschaftsbewegung liegen. Sonst wird Disziplinoslosigkeit, Anarchie und die daraus naturgemäß resultierende Niederlage die unausbleibliche Folge sein. Nur durch einen zweckentsprechenden Ausbau des Repräsentativsystems wird es möglich sein, die Kampfstattik bei großen Kämpfen im Einverständnis mit den Vertretern der gesamten Gewerkschaften bestimmen und auch durchführen zu können. In solchen Situationen muß rasch gehandelt werden; ordnungsgemäß nach dem Statut Delegierte zu einer zusammenzubrufenden Generalversammlung wählen zu lassen, ist dann unmöglich — die Vertreterkörperschaft muß für solche Zwecke schon vorhanden sein. Es ist erklärlich, daß auch große Verbände gegen eine ständige Körperschaft von Vertretern, die alljährlich zu wählen wären und jährlich zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte zusammentreten, der hohen Kosten wegen Bedenken haben werden. Obgleich ich der Meinung bin, daß die Kosten geringer sein werden als die, welche bei Beibehaltung des jetzigen Systems infolge von inneren Konflikten in den Organisationen entstehen können, möchte ich als absolut notwendig doch allen Gewerkschaften dringend anraten, in ihren nächsten Generalversammlungen den Beschluß herbeizuführen, daß die Generalversammlung bis zum Zusammentritt der nächsten Generalversammlung in Permanenz erklärt wird, d. h. die Delegierten sofort wieder zusammenberufen werden können, sobald der Vorstand dies für erforderlich erachtet. Wird dann den Leitungen der einzelnen Wahlbezirke die Verpflichtung auferlegt, sobald umständehalber ein Delegierter ausscheidet oder ausscheiden muß, sofort eine Ersatzwahl vornehmen zu lassen, so ist die Möglichkeit geschaffen, innerhalb weniger Tage die gewählten Vertreter der Mitglieder zusammenberufen zu können.

Auch für diejenigen Gewerkschaften, denen voraussichtlich keine großen Kämpfe bevorstehen, dürfte es sich doch empfehlen, in gleicher Weise zu verfahren; die Möglichkeit, bei den kommenden Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen zu werden, ist auch für sie vorhanden. Ebenso kann die Hilfeleistung für andere Organisationen bei großen Aussperrungen den sofortigen Zusammentritt der Generalversammlung notwendig machen. Wir müssen auf alle Eventualitäten gerüstet sein, um, wenn es gilt, den Scharfmachern die geschlossene Phalanx der organisierten Arbeiter entgegenstellen zu können.

Kosten würden den Gewerkschaften aus dem Beschluß, ihre Generalversammlungen in Permanenz zu erklären, doch nur dann erwachsen, wenn die dringende Notwendigkeit vorliegt, sie zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen.

Den großen Gewerkschaften möchte ich aber nochmals den dringenden Rat geben, statutarisch das ständige Vertretersystem einzuführen und nicht nur in außerordentlichen Fällen, sondern jährlich mindestens einmal die Vertreter zusammenzubrufen. Für die großen Verbände erwächst immer mehr die Pflicht, den Ausbau der wirtschaftlichen Demokratie ernstlich in die Hand zu nehmen. Gärungsstoff sammelt sich in den großen Centralverbänden auch im Laufe eines Jahres genug an und da dürfte es immer beruhigend auf die Gemüter wirken, über innere Streitfragen möglichst bald einen Entscheid der durch die Mitglieder alljährlich gewählten höchsten Instanz herbeizuführen. Dem demagogischen Treiben einzelner anarcho-syndikalistischer Elemente kann nicht besser entgegen gewirkt werden als durch ein Votum der Vertreter der gesamten Organisation. Wenn ich auch nicht annehme, daß es gelingen wird, aus solchen Demagogen vernünftige Menschen zu machen, so dürfte doch ihrer systematischen Hege gegen die Gewerkschaftsführer durch die Beschlüsse der berufenen Organisationsvertreter bald der Nährboden entzogen werden. Principiis obsta — widerstehe im Anfang — muß auch hier der Wahlspruch der verantwortlichen Organisationsleiter heißen — sonst dürften sie einmal leider zu spät erkennen, daß die Taktik des Gehens lassens sich an dem Centralverband bitter rächen wird. Leuten, die fortgesetzt von wahrer Demokratie schwärzen, dabei jedoch unausgesetzt bewußt dagegen handeln, kann nur das Handwerk gelegt werden, wenn die Gewerkschaften immer mehr im demokratischen Geiste ausgebaut werden.

Auch darf doch nicht unberücksichtigt gelassen werden, daß mit der wachsenden Mitgliederzahl, mit der Einbeziehung immer weiterer Berufsgruppen in die großen Centralverbände die Aufgabe für die Centralvorstände eine immer schwieriger wird, bei Tarifverhandlungen für größere Distrikte den richtigen Ausgleich für die durchaus nicht immer übereinstimmenden Interessen der verschiedenen Gruppen zu schaffen. Es darf wohl mit Recht vorausgesetzt werden, daß schließlich ein derart zusammengesetztes Berufsparlament aus sachkundigen, objektiv abwägenden Delegierten bestehen wird, die sich ihrer vollen Verantwortlichkeit bei den zu fassenden Beschlüssen bewußt sind. Bei Tarifverhandlungen sind die Vorberatungen wichtiger als die schließlichen Abstimmungen der Vertreter.

Die Verhandlungen selbst mit den Vertretern der Gegenpartei können naturgemäß immer nur durch eine kleine Anzahl von Personen geführt werden. Die Verhandlungskommission aber mit dem nötigen Material auszurüsten, damit ihre Mitglieder über alle einschlägigen Verhältnisse unterrichtet sind, das muß durch die Beratungen in der Vertreterversammlung geschehen.

Ueber meinen Vorschlag ist von einem in Tarifverhandlungen äußerst erfahrenen Organisationsleiter gesagt worden, es sei schon besser, es bei dem jetzigen Modus zu belassen. Dasselbe Recht, welches die Arbeiter für sich beanspruchten, müßten sie auch den Unternehmern zugestehen. Wenn dann einmal von seiten der Vertreter der Arbeiter, dann wieder von seiten der Vertreter der Arbeitgeber fortgesetzt neue Wünsche der Verhandlungskommission unterbreitet würden, würde das Zustandekommen eines Tarifes wohl ausgeschlossen sein. Dieser Meinung

sein müßte, daß die in Frage kommenden Verhältnisse vor aller Welt öffentlich klargelegt würden. Es kann für die Gewerkschaften deshalb momentan nur der Ausbau des Repräsentativsystems in Frage kommen, bei welchem am besten die notwendige Rücksicht genommen werden kann auf die oft sehr divergierenden Interessen der einzelnen Orte und Gruppen.

„Das Repräsentativsystem wirkt gegen die Demokratie“, behauptete mein Kritiker in der Versammlung des 2. Hamburger Wahlkreises am 17. Januar. Das trifft für die gewerkschaftlichen Kämpfe nicht zu. Demokratie bedeutet nicht Herrschaft kleiner Minderheiten über die Gesamtheit; die Demokratie verlangt Unterordnung der Minderheit unter die von der Mehrheit, oder unter die, von durch die Mehrheit gewählten Vertretern, gefaßten Beschlüsse. Die Freude, die einzelne Theoretiker darüber äußert haben, daß in einzelnen Orten die Gewerkschaftsmitglieder sich den Beschlüssen der von der Gesamtheit bestellten Vertrauenspersonen nicht fügen wollten, beweist, daß sie jedes demokratischen Empfindens bar sind. Wer die Demokratie will, muß ihre Gesetze achten und darf der Disziplinlosigkeit unter keinerlei Umständen das Wort reden.

Demokratische Disziplin ist die erste Grundbedingung des Aufbaues der sozialistischen Gesellschaft! Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter können, solange sie mitten im Kampf stehen, selbstverständlich heute nicht alle Idealforderungen der Demokratie verwirklichen, wohl aber haben sie die Aufgabe, die Arbeiter zur Demokratie zu erziehen und werden deshalb das Selbstbestimmungsrecht der örtlichen Zweigvereine nur insoweit anerkennen können, als es nicht den Interessen der Gesamtheit widerspricht. Wenn ein großer Teil von Arbeitern die Demokratie heute noch darin sieht, daß im Rahmen eines großen Centralverbandes jeder Ort für sich bestimmend sein soll, so sollten doch Theoretiker, die auf politischem Gebiete die Disziplin so stark als möglich verlangen, wenn es sich um die Gewerkschaften handelt, nicht der Anarchie das Wort reden.

Eine Demokratie ohne Demokraten ist ein Ding der Unmöglichkeit. Deshalb ist es weit wichtiger, in der Jetztzeit den Aufbau der Demokratie in den großen wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu fördern, als darüber zu philosophieren, ob auf politischem Gebiete die direkte Gesetzgebung durch das Volk dem jetzigen Repräsentativsystem vorzuziehen ist. Wir werden in den Einzelstaaten noch unendlich viel Mühe und Arbeit haben, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht durchzusetzen und im Reiche dasselbe von den ihm anhaftenden Schladen (ungerechte Wahlkreiseinteilung, Rechtlosigkeit der Frauen usw.) zu befreien. Für die politischen Kämpfe wird es aber nicht ohne Bedeutung sein, wie die Arbeiter in ihren großen wirtschaftlichen Organisationen das Repräsentativsystem auszubauen imstande sind. Mehr als Worte wirkt die Tat! Eine Repräsentativkörperschaft, über welche die Mitglieder eine stetige Kontrolle haben und die sie durch jährliche Neuwahlen immer neu gestalten können, wird schließlich auch nicht ohne Einwirkung auf die Gestaltung der politischen Rechte des Volkes sein. Die wirtschaftliche Demokratie wird einmal als Grundlage für den Ausbau der politischen Demokratie dienen. Das Repräsentativsystem schließt die direkte Gesetzgebung durch das Volk nicht aus, diese wird vielmehr als notwendige Ergänzung aus dem ersteren sich entwickeln. Auch

die Gewerkschaften werden mit der Zeit immer mehr zur direkten Gesetzgebung übergehen können, vor allem dann, wenn ihre Macht so gefestigt sein wird, daß durch eine öffentliche Klarstellung aller für die wirtschaftlichen Kämpfe in Betracht kommender Verhältnisse eine Schädigung der Interessen der Arbeiter nicht mehr zu befürchten ist. Den Gewerkschaften diese Machtstellung zu schaffen, würde eine Vertreterkörperschaft durch die Erziehung der Mitglieder zur demokratischen Disziplin und zur größeren Opferfreudigkeit für die gerechte Sache der Arbeit das geeignetste Mittel sein.

Demokratie in den Gewerkschaften.

Nach Adolf Braun hat sich nunmehr auch Karl Kautsky in der Erörterung der gewerkschaftlichen Verfassungsfrage auf den Standpunkt unseres Genossen v. Elm gestellt. In dem Vorwort zur zweiten Auflage seiner (erstmalig 1893 erschienenen) Schrift über „Parlamentarismus, direkte Volksgesetzgebung und Sozialdemokratie“,*) die besonders in Rücksicht auf den gewerkschaftlichen Verfassungstreit erneuert wird, nimmt Kautsky zu dem in allen Variationen diskutierten Thema „Massen und Führer in den Gewerkschaften“ Stellung. Seine bezüglichen Ausführungen erscheinen uns wichtig genug, um sie unseren Lesern unverkürzt zur Kenntnis zu bringen.

Kautsky schreibt (Seite 6—13):

„In den letzten Jahren hat aber auch die Idee der Volksgesetzgebung wieder Aktualität gewonnen, freilich in einem anderen Sinne, als zur Zeit der ersten Auflage meiner Schrift. Die Frage wird heute diskutiert nicht mit Beziehung auf die Verfassung des Staats, sondern mit Beziehung auf die Verfassung der proletarischen Organisationen, der Gewerkschaften, Genossenschaften, der Partei.

Je umfangreicher diese Organisationen werden, desto schwieriger und schwerfälliger wird für sie die „direkte Gesetzgebung“ durchs Volk, die in diesen Fällen allerdings weniger Gesetzgebung als Verwaltung und Kampfesführung durchs Volk darstellt. Gleichzeitig wachsen die Aufgaben ihrer Verwaltung und Leitung, die immer weniger nebenbei, als Feierabendarbeit, neben oder nach der Erwerbsarbeit erledigt werden können, die eigene Beamte erfordern, deren ganze Zeit und Kraft diesen Aufgaben gehört. Damit erstehen Verhältnisse, die repräsentative Einrichtungen, „Volksvertretungen“, „Parlamente“ wünschenswert machen.

Sie werden wünschenswert, nicht wie im Staate durch die Interessengegenätze der Klassen, sondern durch die psychischen Unterschiede zwischen Führern und Geführten. Fast bei jeder Kampforganisation sind solche Unterschiede festzustellen, nicht bei jeder sind sie die gleichen. So wurde schon oft die Beobachtung gemacht, daß in proletarischen Organisationen des politischen oder ökonomischen Kampfes die Massen meist ungestüm vorwärts drängen, die Führer eher bremsen. Bei der bürgerlichen Demokratie der letzten Jahrzehnte finden wir meist das Umgekehrte. Sehr oft wollten da die Führer vorwärts, sie wurden dann aber von ihren Leuten im Stiche

*) Die Schrift erscheint in stürze unter dem neuen Titel: „Parlamentarismus und Sozialdemokratie“, 140 S. J. S. W. Dieß Nachf., Stuttgart. Durch freundliches Entgegenkommen des Verlags können wir schon heute unseren Lesern Einiges von der Stellungnahme des Verfassers zum gegenwärtigen Gewerkschaftstreit mitteilen.

bin allerdings auch ich; nachdem die Vorbereitungen getroffen sind, die Verhandlungskommissionen sich dann über einen beiden Teilen vorzulegenden Tarif verständigt haben, kann es für die Vertreter der Unternehmer wie der Arbeiter nur noch ein entweder — oder geben, entweder den ganzen Tarif annehmen oder ablehnen. Wenn jeder Teil für sich das Recht beanspruchen würde, immer neue Anträge zum Tarif zu stellen, würde dieser fortgesetzt wie ein Spielball zwischen den Parteien hin- und hergeworfen werden und ein Tarifabschluß in den meisten Fällen nicht zustande kommen. Durch eine solche Verschleppung würden voraussichtlich die Arbeiter am meisten geschädigt werden — bei der in Handel und Industrie obwaltenden Tendenz, die Preise für die Bedarfsartikel fortgesetzt zu steigern, wird es sich bei dem Abschluß von Tarifen in Zukunft meistens um Lohnerhöhungen handeln und da müßte es für die Unternehmer schließlich ein Vergnügen sein, sich durch die Verzögerung der Tarifverhandlungen vor Mehrbewilligungen so lange als irgend angänglich zu schützen. Wenn der Ausbau der wirtschaftlichen Demokratie solche Resultate zeitigte, würden die Arbeiter sich zweifellos dafür bedanken. Deshalb muß selbstverständlich von vornherein Klarheit darüber herrschen, daß, nachdem die Verhandlungen beendet sind, nur noch die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Tarifes übrigbleibt.

Nur in Ausnahmefällen dürfte über das entscheidende Votum völlige Übereinstimmung bei den Vertretern herrschen; wohl aber darf vorausgesetzt werden, daß, wenn die Entscheidung einmal gefallen ist, die Minderheit im Interesse eines einigen und geschlossenen Handelns sich dem Beschluß der Mehrheit fügen wird. Arbeiter, die Verantwortlichkeitsgefühl haben, dürften nicht nur dies tun, sondern auch im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin den Mehrheitsbeschluß mit aller Energie den Mitgliedern gegenüber vertreten. Auch in den Centralvorständen herrscht bei Entscheidungen über wichtige Fragen nicht immer Einstimmigkeit; um die praktische Durchführung der Beschlüsse würde es aber sehr schlecht bestellt sein, wenn einzelne Mitglieder der Centralvorstände ihren eigenen Standpunkt entgegen der Meinung ihrer Kollegen in Mitgliederkreisen vertreten wollten.

Übernimmt nach Einführung der Vertreterversammlung diese an Stelle des Centralvorstandes die Verantwortung, kann es bei wichtigen Dingen, vor allem dann, wenn es sich um den Abschluß von Tarifen oder um die einzuschlagende Kampfeskampftaktik der Organisation handelt, auch nicht anders sein. Wer in den Gewerkschaften die Aufrechterhaltung der Disziplin will, darf nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen. Daß aber die Durchführung eines Beschlusses weit leichter möglich ist, wenn, nehmen wir einmal an, 100 Vertreter dafür in Mitgliederkreisen wirken, als wenn die geringe Zahl der Mitglieder eines Centralvorstandes ihn verfechten sollen, dürfte wohl von keiner Seite angezweifelt werden.

Weiter kommt in Betracht, daß, wenn ein Centralvorstand bezüglich eines Kampfes eine Entscheidung getroffen hat, er häufig im Interesse der Organisation gar nicht in der Lage ist, alle Gründe dafür öffentlich bekanntgeben zu können. Die Mitglieder kennen die Hauptgründe des Centralvorstandes für seine Entscheidungen nicht, eine Opposition auch seitens der treuesten Mitglieder des Verbandes ist in solchen Fällen oft nur zu erklärlich. Die Verhandlungen einer Vertreterkörperschaft inmitten eines

Kampfes müßten selbstverständlich geheime sein, auch würden die Vertreter später öffentlich nicht über alle Umstände berichten können, die zur Entscheidung geführt haben. Wenn aber in allen Distrikten die Vertreter den Mitgliedern erklären: was beschlossen wurde, ist das Resultat reiflicher Erwägungen; im Interesse des Verbandes muß der Beschluß ausgeführt werden, so wird bestimmt die Wirkung auf die Mitglieder eine größere sein, als wenn lediglich der Centralvorstand und die besoldeten Gauleiter für die Durchführung des Beschlusses zu wirken haben.

Eine Armee, die im Kampf steht, darf ihre Kampfeskampftaktik nicht dem Feinde bekanntgeben, damit er nach derselben seine Gegenmaßnahmen treffen kann. Die Veränderung der Kampfeskampftaktik, je nach den veränderten Umständen, ist heute ungemein schwierig. Ist eine größere Körperschaft vorhanden, der die Mitglieder Vertrauen entgegenbringen, dann dürfte auch die Zeit gekommen sein, einmal darüber ernstlich zu beraten, ob gegenüber dem brutalen Vorgehen der Scharfmacher nicht eine veränderte Kampfeskampftaktik am Platze ist. Dazu ist allerdings Voraussetzung, daß die Massen bereit sind, die gefassten Beschlüsse, auch ohne daß sie die Beweggründe immer im einzelnen kennen, unweigerlich auszuführen. Es wird keine leichte Aufgabe sein, die Mitglieder zu einer solchen Kampfeskampftaktik zu erziehen; soviel steht aber fest, daß wir bei den jetzigen Verfassungen der Gewerkschaften niemals dazu kommen werden. Eine Vertreterkörperschaft kann, wenn in Friedenszeiten die Mitglieder genügend vorbereitet werden, uns die Möglichkeit schaffen, im Kriege einmal wirklich eine Kampfeskampftaktik üben zu können, durch welchen der Feind aufs empfindlichste geschädigt werden wird.

Die ständige Mitwirkung eines größeren Teiles der Mitglieder auch an den Verwaltungsgeschäften dürfte nicht nur für diese, sondern durch ihre Berichterstattung in Mitgliederkreisen, auch im allgemeinen einen erzieherischen Wert haben. Die Befürchtung, daß auch ein solches Gewerkschaftsparlament schließlich einen bürokratischen Charakter annehmen wird, ist unbegründet. Die Mitglieder werden durch die jährlichen Neuwahlen schon dafür sorgen, daß der Bürokratismus sich nicht in dieser Körperschaft festsetzt. Im übrigen läßt auch der Kampf mit den Unternehmern mit seinen fortgesetzt wechselnden Situationen eine bürokratische Regelung der Verbandsangelegenheiten nach Schema & gar nicht zu. Worauf es in den großen nach Hunderttausenden von Mitgliedern zählenden Centralverbänden ankommt, ist, die Zahl derjenigen Mitglieder zu mehren, die volles Verständnis für die Verbandsangelegenheiten und für eine richtige Kampfeskampftaktik haben. Die Leitung eines großen Industrieverbandes stellt an den Centralvorstand so hohe Anforderungen, belastet denselben mit einer so enormen Verantwortung, daß es immer dringender nötig wird, darauf hinzuwirken, daß die zu treffenden Maßnahmen von vornherein der tatkräftigen Unterstützung aller denkenden Mitglieder gewiß sind.

Der Ausbau der Demokratie in den Gewerkschaften kann nicht nach doktrinen Regeln erfolgen. Für die Gewerkschaften kommen ganz andere Verhältnisse in Betracht als für politische Parteien. Die Gewerkschaften sind Kampfesorganisationen, die den Forderungen des Kampfes entsprechen müssen. Die Einführung von Urabstimmungen über Streiks und Aussperrungen wurde zurzeit ihre Kampfeskampftaktik schwächen, weil für dieselbe Voraussetzung

satz, wenn nicht starke Gegentendenzen auftreten, die diese Entwicklung hemmen.

Wo es zu einer derartigen gegenseitigen Entfremdung kommt, wird sie natürlich von beiden Seiten unliebsam empfunden, und die nächste Folge ist in solchen Situationen immer die moralische Enttäuschung: hier über die „ängstliche Leisetreterei“, dort über den „Unverstand der Massen“. Indes, wie immer, wo es sich um Erscheinungen handelt, die nicht zufällige individuelle Besonderheiten darstellen, sondern aus den gesellschaftlichen Verhältnissen mit Notwendigkeit entspringen, hilft auch hier die moralische Enttäuschung nicht viel. Nicht ein Verurteilen, sondern ein Begreifen tut not.

Das rücksichtslosere Vorwärtsdrängen der Massen, die größere Behutsamkeit der Führer sind beide gleich unvermeidlich. Wer in der proletarischen Bewegung wirkt, tut gut, mit beiden zu rechnen. Und man kann auch nicht sagen, daß eine der beiden Erscheinungen schädlicher oder nützlicher wäre als die andere. Durch die harmonische Zusammenfassung beider hat die Arbeiterbewegung bisher ihre größten Fortschritte erzielt, wenn diese Zusammenfassung begleitet war von Entschlossenheit und Klarheit.

Das ist aber keine so einfache Sache und gelingt oft nicht. Dann kommt es zu Fraktionen, die der Sache des Proletariats nicht förderlich sind. So finden wir augenblicklich in England die Erscheinung, daß in manchen Gewerkschaften die Mitglieder gegen die taktischen Anordnungen ihrer Führer nicht bloß protestieren, sondern auch handeln, daß sie im Gegensatz zu ihnen streifen. Sie fühlen sich von den Beamten ihrer Gewerkschaften förmlich verkauft und verraten, bäumen sich mit größter Erbitterung gegen deren Abmachungen mit den Unternehmern auf, und nicht selten mit Erfolg.

Aber so gerechtfertigt solche Streiks jetzt in England sein mögen, so sehr die Energie und Einsicht zu begrüßen ist, die dabei zutage tritt, so ist der scharfe, unüberbrückbare Gegensatz zwischen Führern und Massen, der sich dabei geltend macht, doch ein großes Uebel. Es herbeizuführen, kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn dadurch ein noch größeres Uebel, das Versagen der Führer, aufgehoben wird. Wiederholt es sich, dann bedeutet es die Vertreibung des Teufels durch Beelzebub, die Auflösung der Disziplin und der Organisation selbst. Die Lähmung der Organisation durch die Führer wird dann geheilt auf dem Wege der Lähmung der Organisation durch die Massen.

Wo solche Differenzen vorkommen, ja schon dort, wo sie drohen, wird es dringend notwendig, nach Einrichtungen zu suchen, die verhindern, daß die Entfremdung zwischen Massen und Führern so weit fortschreitet; Einrichtungen, die es beiden Teilen erleichtern, in erspriechlicherer Weise aufeinander und miteinander zu wirken.

Aber genügen nicht schon die bestehenden Formen der Demokratie in den Organisationen des Proletariats dazu? Die Beamten werden von den Mitgliedern gewählt; die Anordnungen der Beamten unterliegen oft, wenn sie von einschneidender Bedeutung sind, der Bestätigung durch die Urabstimmungen der Mitglieder. Genügt das nicht? Die jetzigen Erfahrungen in England zeigen, daß diese demokratischen Formen nicht stets genügen.

Sicher werden die Beamten der proletarischen Organisationen von den Mitgliedern gewählt. Aber das besagt nur, daß sie im allgemeinen vollkomme-

nes Vertrauen genießen, keineswegs aber, daß auch jeder ihrer einzelnen Schritte allgemein gebilligt wird. Und die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten sind heute so mannigfaltige, sie erfordern so viele Spezialkenntnisse, sollen sie richtig erfüllt werden, daß man nicht wegen einer vorübergehenden Differenz einen eingearbeiteten Fachmann fallen läßt, um einen unerprobten Neuling an seine Stelle zu setzen. Dazu kommt noch, daß die Verschiedenheiten zwischen Massen und Führern, von denen hier die Rede ist, nicht zufällige sind, sondern solche, die aus der Verschiedenheit der Funktionen von Führern und Massen in der Organisation entspringen.

Da so ziemlich alle Beamten der Gewerkschaften übereinstimmende Funktionen und übereinstimmende Mittel der Information haben, stimmen sie auch so ziemlich in ihren Auffassungen überein. Durch die Volkswahl der Beamten wird daran nichts geändert. Sie kann nur die Personen ändern, nicht aber die Verhältnisse, die deren Denken und Fühlen bestimmen.

Aber die „direkte Gesetzgebung durchs Volk“, die Urabstimmung? Sie ist ein ganz zweckmäßiges Mittel bei kleinen Organisationen, aber sie wird immer umständlicher und schwerfälliger bei großen. Die Frage, die am ehesten eine Differenz zwischen Massen und Führern hervorrufen kann, ist die, ob eine Aktion im gegebenen Falle wünschenswert ist oder nicht. Diese Frage erheischt oft die rascheste Beantwortung. Mitunter liegt die einzige Aussicht des Erfolges in der überraschenden Schnelligkeit des Losschlagens. Andererseits erheischt die Beantwortung dieser Frage, daß man die eigenen Kräfte sowie die des Gegners kennt, während es gleichzeitig notwendig ist, diesen über die eigene Leistungsfähigkeit im dunklen zu halten. Endlich, daß man weiß, wie nicht nur in der eigenen Lokalität, sondern in allen Lokalitäten, die in Betracht kommen, die Verhältnisse liegen.

Bei einem großen Industrieverband, der zum Beispiel über das ganze Deutsche Reich verzweigt ist und mannigfache Berufe umfaßt, vermag man das nicht leicht festzustellen. Die Massen der einzelnen Lokalitäten werden immer der Gefahr unterliegen, von lokalen Gesichtspunkten übermäßig beeinflusst zu werden. Oft fehlt die Zeit, sie über alle Verhältnisse aufzuklären, vielfach verbietet es sich sogar, denn nichts ist törichter, als sich am Vorkabend einer Aktion vom Gegner in die Karten schauen zu lassen.

Alles das bewirkt, daß die Urabstimmung als Mittel der Einleitung einer Aktion immer mehr versagt. So wie die Staaten, so wachsen auch die Organisationen des Proletariats, sobald sie große Massen umfassen, immer mehr aus dem Stadium der Volksgesetzgebung heraus.

Es geht jedoch nicht an, diese demokratische Form einfach beiseite zu schieben, ohne einen Ersatz an ihre Stelle zu setzen. Es liegt ebenso im Interesse der Führer wie der Massen, daß diese nicht bloß das Recht der Wahl ihrer Führer haben, sondern nicht minder das Recht und die Möglichkeit, Einfluß auf jede einzelne Aktion zu nehmen, deren Erfolg doch von ihrer eigenen Tatkraft, Opferwilligkeit und Einsicht abhängt. Je weniger eine solche Einflusnahme auf direktem Wege erfolgen kann, je mehr dieser durch die wachsende Größe der Organisation ungangbar gemacht wird, desto notwendiger wird der indirekte Weg durch Ausbildung des Repräsentativsystems, durch Ausdehnung und Vervollkommnung seiner Anfänge, die ja in den Jahrestagungen und anderen Insti-

gelassen, eine Erfahrung, die sie freilich auch selbst wieder ängstlich und behutjam machte.

Die Unterschiede hier wie dort liegen in der verschiedenen Klassenlage der Geführten. Der Proletarier hat nichts zu verlieren als seine Ketten. Er hat eine Welt zu gewinnen. Ungestüm drängt er vorwärts. Seit den Tagen der französischen Revolution, ja seit jenen der englischen der Mitte des 17. Jahrhunderts ist das Proletariat die revolutionäre Klasse par excellence. Damals unterschied es sich indessen von Kleinbürgern und Bauern nur durch die Wucht und Rücksichtslosigkeit seines Vorwärtstürmens. Seit dem Jahre 1848 unterscheidet es sich von ihnen — wenigstens in Westeuropa — durch das Vorwärtstürmen überhaupt.

Der Bauer und der Kleinbürger und noch mehr der eigentliche Bourgeois unterscheiden sich vom Proletarier dadurch, daß sie etwas zu verlieren haben. Schon das macht sie ängstlich. Andererseits haben sie keine Welt mehr zu gewinnen, wie sie vor den bürgerlichen Revolutionen noch glaubten. Eine neue, bessere Welt ist nur noch zu erobern auf der Grundlage des Sozialismus, durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, also durch die Aufhebung der Grundlage der bestehenden Klassen.

Etwas höher als die Masse in den liberalen Parteien stehen ihre Führer. Diese werden meist aus der Intelligenz genommen, ihre Einkommen fließen vornehmlich aus ihren geistigen Fähigkeiten, nicht aus ihrem Besitz. Sie haben also weniger zu verlieren als jene Elemente, die nur auf ihren Besitz, nicht auf ihre Persönlichkeit vertrauen. Sie sind aber auch durch ihre Vorbildung und Beschäftigung in der Regel weiterblickend als der liberale Philister, sie erkennen leichter als dieser manche Notwendigkeiten der Entwicklung.

Daraus ergeben sich manche Disharmonien zwischen Führern und Massen liberaler Parteien, daraus folgt aber auch, daß wir uns nicht durch das Entgegenkommen täuschen lassen dürfen, das uns zeitweise manche jener Wortführer in Presse und Parlamenten beweisen, denn bei jedem ernsthaften Schritte uns entgegen werden sie von ihrem Gesolge im Stiche gelassen. Das hat der Freisinn bei Stichtwahlen und ähnlichen Gelegenheiten unzählige Male bewiesen.

Ganz anderer Art ist der Unterschied zwischen Führern und Massen in den proletarischen Kampforganisationen. Er entspringt vor allem daraus, daß wohl der einzelne Arbeiter nichts zu verlieren hat als seine Ketten, daß es aber mit seiner Organisation nicht ebenso steht.

In vollstem Gegensatz zu der Geringsfügigkeit des individuellen Aufstiegs des Arbeiters, die am Zustand der Gesellschaft gemessen ein Abstieg ist, steht der Fortschritt der proletarischen Organisationen — Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft. Aus lächerlich unbedeutenden, zwerghaften Anfängen sind sie zu riesenhaften Dimensionen angewachsen, die an Ausdehnung und Kraft die anderen gesellschaftlichen Gebilde immer mehr überholen und die Macht der Arbeiterklasse enorm steigern, auch wenn sie nicht immer ihr Einkommen zu erhöhen vermögen. Durch sie ist der Proletarier ein Faktor geworden, vor dem die Herren der märchenhaftesten Reichtümer, der unbefiegbarsten Armeen Respekt gewonnen haben, vor dem sie nicht selten zittern. Durch seine Organisation erscheint dem Proletarier das Größte erreichbar, durch sie hofft er zum Herrn der Welt zu werden.

Man hat mich vor einiger Zeit gescholten, als ich in meinem „Weg zur Macht“ konstatieren mußte, daß in den letzten Jahren die Steigerung der Löhne von der der Lebensmittelpreise überholt wurde. Damit hätte ich die Werbekraft der Gewerkschaften geschädigt. Aber man unterschätzt diese Kraft, wenn man annimmt, sie hänge bloß von dem Vermögen ab, die Löhne der Arbeiter zu steigern. Auch wo sie dies nicht vermag — und mit solchen Situationen hat jede Gewerkschaft zu rechnen —, ist sie unschätzbar für den Arbeiter, den sie in einen anderen Menschen verandelt, aus einem scheuen, hoffnungslosen Paria in einen aufrechten, freien Mann, der keinen Höheren über sich erkennt, der sich jedem Machthaber ebenbürtig fühlt.

Jedes wollende Wesen entwickelt aufs stärkste aus dem Willen zum Leben den Willen zur Macht, zur Kraft, sobald es auf Widerstände stößt, die nur durch Machtentfaltung zu überwinden sind. Beim Proletarier wird naturgemäß der Wille zur Macht der Wille zur Organisation. Sein Weg zur Macht ist der Weg zur Organisation. Darauf beruht deren Lebenskraft, auch wenn sie dem Arbeiter nicht sofort eine Lohnerhöhung schafft, sondern von ihm Opfer heischt, wie es ja am offenkundigsten bei der politischen Organisation der Fall ist.

Die Organisation, das ist die Errungenschaft im kapitalistischen Produktionssystem, die der Proletarier zu verlieren hat. An ihr hängt er, sie gefährdet er nicht ohne Not.

Dadurch wird bei jedem organisierten Arbeiter die Rücksichtslosigkeit und Unbekümmertheit etwas abgeschwächt, mit der sich der unorganisierte in den Kampf wirft, wo nur immer eine Gelegenheit dazu vorhanden ist. Innerhalb der organisierten Arbeiterschaft selbst aber wird sich das Bedürfnis nach Behutsamkeit wieder stärker bei jenen äußern, die die Organisation leiten, die Verantwortung für ihren Bestand und ihre Leistungsfähigkeit tragen, deren ganze Persönlichkeit der Organisation gehört, als bei jenen, die einfache Mitglieder sind, nur für sich selbst eine Verantwortung tragen und in der Organisation nur ein Stückchen ihres Tätigkeitsgebietes sehen. Der Unterschied zwischen ungeduldig vorwärtsdrängenden Massen und zur Behutsamkeit mahnenden Führern wird in dem Maße größer, als die Organisationen wachsen und die Aufgaben ihrer Leistung zur dauernden Berufsarbeit eigens dazu bestellter Beamter werden, die den psychologischen Einwirkungen dieser Arbeit natürlich viel stärker unterworfen sind als Funktionäre, die gelegentlich aus der Masse emportauchen, um nach einiger Zeit wieder in ihr zu verschwinden.

Je größer die Organisation, desto unübersichtlicher aber auch ihr Gebiet, desto zahlreicher und meist auch geschlossener ihre Feinde, desto mehr steht bei jedem Kampfe auf dem Spiele. Damit wächst nicht nur das Maß der Verantwortung der Leiter, es wachsen auch die Anforderungen an ihre Kenntnisse. Sie müssen sich jetzt mit Dingen vertraut machen, die dem einfachen Mitglied nicht nahe liegen, die die Masse oft nicht genügend kennt.

So wird mit steigendem Wachsen der Organisationen der Unterschied im Denken und Empfinden zwischen Führern und Massen, den sie von Anfang an im Keime in sich tragen, immer mehr entwickelt, und aus dem Unterschied kann schließlich ein Gegensatz werden, und mitunter ein recht scharfer Gegen-

tutionen bereits vorliegen. Praktische Vorschläge in dieser Richtung zu machen, ist nicht meine Aufgabe. Ich darf aber darauf hinweisen, daß gewerkschaftliche Praktiker bereits für Schaffung repräsentativer Einrichtungen in den Gewerkschaften eingetreten sind. Auf jeden Fall müßten die neuen Repräsentativversammlungen kleinere Körperschaften sein, mit etwa 50 bis 100 Mitgliedern, die ohne große Kosten öfter zusammentreten und in vertraulicher Weise mit den leitenden Beamten beraten, über Krieg und Frieden entscheiden könnten. Im Unterschied von den Beamten, die die dauernden Vertrauensmänner der Mitglieder bilden, hätten sie die Anschauungen der Masse der Mitglieder in jedem gegebenen Falle zu repräsentieren, wären also von diesen von Fall zu Fall oder doch in kurzen Zwischenräumen zu erwählen. Dadurch würden sie in jedem Moment die jeweiligen Anschauungen der Masse wiedergeben können; ihre Zusammenkunft unterschiede sich jedoch von den lokalen Versammlungen der einzelnen Mitgliedschaften dadurch, daß die Vertreter der verschiedenen Lokaltäten hier Fühlung miteinander gewannen, so daß jeder Delegierte nicht bloß auf Grund lokaler Eindrücke, sondern der Gesamtlage urteilen würde. Dann aber auch dadurch, daß die repräsentative Körperschaft einen kleinen geschlossenen Kreis bilden würde, dem die leitenden Beamten Aufschlüsse geben könnten, deren Kenntnis für die Beurteilung der Sachlage notwendig ist, deren Veröffentlichung die eigene Sache schädigen müßte. Endlich vermöchte eine solche Versammlung rasch, ja überraschend zu entscheiden, während das unmöglich ist bei Entscheidungen, die durch Urabstimmungen zu fällen sind.

Eine derartige Körperschaft dürfte wohl am ehesten geeignet sein, Differenzen entgegenzuwirken oder vorzubeugen, wie sie heute in England zwischen Massen und Führern in den Gewerkschaften vorkommen, und ein harmonisches Zusammenwirken von vorwärtsstürmendem Enthusiasmus mit kühler Ueberlegung herbeizuführen — ein Zusammenwirken, das schwer, aber keineswegs unmöglich ist, wie die deutsche Arbeiterbewegung sehr deutlich bezeugt, die es ebensogut versteht, zu wagen wie zu wagen.“

Wirtschaftliche Rundschau.

Allgemeines über Preisstatistiken. Calwers Monatliche Uebersichten über Lebensmittelpreise.

Wir möchten heute an dieser Stelle auf eine neu in Angriff genommene Preisstatistik zu sprechen kommen, die, einheitlich fortgeführt und systematisch weiter ausgebaut, eine gerade von Arbeitern oft bitter empfundene und beklagte Lücke auszufüllen bestimmt ist. Es handelt sich um die vom Richard Calwerschen wirtschaftsstatistischen Bureau zusammengestellten und bearbeiteten „Monatlichen Uebersichten über Lebensmittelpreise“, zum erstenmal soeben für den Januar 1911 erschienen.

Aufnahmen und Vergleiche von Preisen findet man bekanntlich häufig genug, von der Tagespresse unten angefangen bis hinauf zu den Wochenblättern, größeren Zeitschriften und amtlichen Publikationen. Auch das Gruppen von Preisen regelmäßig zu typischen sogenannten Indeziffern benutzt werden, ist längst nichts Seltenes mehr. Privatstatistiker wie Sauerbeck-London, Zeitungen wie die Berliner „Wossische Zeitung“, der Londoner „Eco-

nomist“ oder wie Bradstreets in Amerika veröffentlichten regelmäßig solche Indezmittelungen und -tabellen.

Immer aber dreht es sich dabei, vorwiegend oder ganz ausschließlich, um Großhandelspreise, meist sogar nur um die entwickeltste Form des Großhandels: um Börsenpreise. Bei der enormen maßgebenden Bedeutung des centralen Großhandels für alle Preisabstufungen — von den ersten großen Produzentenangeboten an bis zu den letzten umfassenderen Handelsvermittlungen nach dem Konsum hin — wird niemand den Wert solcher Großhandelsübersichten leugnen wollen. Dazu kommt, daß die Ermittlung und Bekanntgabe der täglichen Börsenbewertungen auf festen Regeln beruht, immer für die gleichen, einheitlich festgehaltenen typischen Qualitäten und Mengen erfolgt, so daß man hier noch am wenigsten schwankenden Boden unter den Füßen hat. Die Vorliebe für solche Preisstatistiken ist also durchaus erklärlich.

Aber vom Großhandel bis zum Kleinverschleiß ist ein sehr langer, vielverzweigter Weg. Welche weiteren Preisaufschläge treten hier Schritt für Schritt ein und wie ganz anders sieht das Endergebnis, der Bezugspreis, für den Konsumenten aus? Selbst bei dem gleichen geographischen Abstand vom Centralhandelsplatz ergeben sich zuletzt die aller verschiedensten Preisabstände vom centralen Großhandelspreis. Die Rückständigkeit oder Höherentwicklung des lokalen Kleinhandels, die Schärfe oder Schwäche der in Frage kommenden Konkurrenz — der Krämer unter sich oder auch von außen her, beispielsweise durch leistungsfähige Konsumvereine — die Organisation des vermittelnden Zwischenhandels schaffen oft die seltsamsten Preisdifferenzen zwischen Orten, ja sogar zwischen Stadt- und Straßenvierteln, die an sich dem Großhandel und damit den Großhandelspreisen gleich nahe liegen könnten. Der von den üblichen Statistiken verzeichnete Großhandelspreis verliert hier für den eigentlichen letzten persönlichen Konsum demnach fast vollständig seine symptomatische Bedeutung.

Dazu muß man berücksichtigen, daß der Großhandel vielfach gar nicht dieselbe Ware umsetzt wie der Kleinverschleiß, daß es sich also gar nicht lediglich um eine schrittweise Weiterverteuerung durch Handelsunkosten handelt, sondern um tiefgehende, nicht selten vollständige Umwandlungen der Ware selber, bei denen natürlich abermals ganz neue, selbständige Bestimmgründe der Preiserhöhungen und Preisabweichungen ins Spiel treten. Petroleum, Spiritus und ähnliche Produkte mögen unverändert vom Großhandel bis zum Kleinverschleiß und zum Konsumenten fortrücken. Aber die Getreidebörse und der Mehlgroßhandel setzen kein Brot um, und der Konsument ißt keinen Roggen oder Weizen — „gut, gesund, mindestens 712 oder 755 Gramm das Liter“, wie es für die meistzitierte Berliner Lieferungsqualität heißt. Mit dem Großhandelsforpreis an sich ist also dem Konsumenten, dem Brotesser vollends noch recht wenig gesagt, denn die Zuschläge der Stoffumwandlung — in diesem Falle der Bäckerei — sind an den verschiedenen Orten und nach den verschiedenen Zeiten und Gelegenheiten mitunter noch mannigfaltiger, abweichender und regelloser wie die Zuschläge des bloßen Zwischenhandels und Kleinverschleißes.

Will man also ein Bild der „Haushaltskosten“, des Aufwandes für den notwendigen Lebensunter-

halt, der realen Kaufkraft des Lohnes, der Verschiebungen zwischen dem nominellen Geldlohn und dem eigentlichen Reallohn, der wirklichen und nicht bloß scheinbaren Lohnsteigerung oder Lohnsenkung gewinnen, so kommt man um die Preisermittlungen im „Konsumentenverkehr“ gar nicht herum. Sie sind für viele Beziehungen des Arbeiterlebens und der Arbeiterbewegung viel wichtiger wie die mit Vorliebe gepflegte und benutzte Großhandelsstatistik. Sie geben freilich bei der proteusartigen Vielgestaltigkeit des Stoffes, bei der scheinbar regellosen Willkür vieler hier in Frage stehenden Preise, bei der schwierigen Veranschaffung leidlich sicheren Materials jedem eine harte Nuß zu knaden, der sich der Erforschung und systematisch fortlaufenden Bearbeitung dieses allzusehr vernachlässigten Wirtschaftsgebietes erstmals zuwendet.

Um so mehr Anlaß haben die Arbeiter, den oben erwähnten Calwerschen Uebersichten ihr Interesse und ihre tatkräftige Unterstützung nicht zu versagen. Daß im ersten Anlauf vieles nicht gleich glücken kann, räumt Calwer selber unumwunden ein:

„Aber der Versuch muß gemacht werden; mit dem vorhandenen und zu erreichenden Material muß gearbeitet und durch ständige Verbesserung der Methoden dem Ziel einer einwandfreien Berichterstattung zugestrebt werden. . . . Das Ideal der Berichterstattung wäre, daß aus jedem Orte von wohlgeschulter Kraft nach einer einheitlichen, festgelegten Methode die Preise der in Betracht kommenden Waren, deren Qualität und Quantität genau festgelegt ist, in bestimmten Ladengeschäften an einem bestimmten Tage jeden Monats erhoben und registriert würden. Dieses Ideal ist anzustreben, aber noch keineswegs so rasch zu erreichen. Vorläufig ist noch mit großen Verschiedenheiten in der Art der Erhebung zu rechnen, wodurch zweifellos Fehlerquellen entstehen. Aber trotz dieser sind die Ergebnisse doch schon in der Hauptsache für die Beurteilung der Bewegung der Lebensmittelpreise brauchbar.“

Zur Berücksichtigung hat Calwer nicht weniger wie 200 Orte aller Staaten und Provinzen ausgewählt; schon bei der ersten Erhebung ist es gelungen, die Preise aus 166 Orten zu erhalten. Der Kreis der preisverzeichneten Waren soll allmählich, auch unter Ausdehnung auf Mietspreise und ähnliches, erweitert werden. Vorläufig sind durch Fragebogen oder durch vorliegende amtliche Notierungen vor allem die Kleinverfleischpreise ermittelt für bestimmte Arten von Rind-, Kalb-, Schweine-, Hammelfleisch, für Schweinespied, Schweineschmalz, Eßbutter, für Milch, Brot, Weizen- und Roggenmehl, Reis, Speisebohnen, Erbsen, Linsen, Kartoffeln, Würfelzucker, Backpflaumen, Kaffee, Salz. Schon hierüber würde eine monatlich fortlaufende, vergleichbare Aufzeichnung von großem Werte sein.

Calwer begnügt sich jedoch nicht mit der einfachen Aufzeichnung. Er sucht einen leichter faßbaren Haushaltsindex aus dem Gesamtmaterial jedes Ortes herauszuschälen. Rechnet man, nach wohlbegründeten Durchschnittserfahrungen, auf einen typischen Arbeiterhaushalt — natürlich nur, um von einem ungefähren Anhalt auszugehen und um nicht ganz ins Unbestimmte sich zu verlieren — a Gramm Rindfleisch, b Gramm Schweinefleisch, c Gramm Hammelfleisch, d Gramm Reis, e Gramm Brot, f Gramm Kartoffeln usw., so er-

gibt sich für jeden berücksichtigten Ort eine monatliche „Standardziffer“ in Mark, und man wird von Monat zu Monat beurteilen können, ob und um wieviel der Arbeiterlebensunterhalt durchschnittlich teurer oder billiger geworden ist; man wird unter Umständen auch die Kostspieligkeit des Lebensunterhaltes von einem Ort zum anderen vergleichen können. Selbst Indexziffern für einzelne Landesteile und das ganze Reich sucht Calwer in überaus umsichtiger und gewissenhafter Weise herauszurechnen.

Auf ein Eingehen auf die erschienenen ersten Monatsergebnisse möchten wir heute noch verzichten. Zunächst schien uns eine allgemeine Charakteristik der Anlage und der Bedeutung des Ganzen das Wichtigere. Vielleicht dürfen wir hierüber nochmals die einleitenden Worte Calwers wiederholen:

„Die monatlichen Erhebungen über die Lebensmittelpreise verfolgen den Zweck, eine Grundlage für die Beurteilung der Haushaltskosten in den verschiedenen Gegenden und Orten des deutschen Wirtschaftsgebietes zu schaffen. Eine derartige Uebersicht ist aus einer Reihe von Gründen wichtig und notwendig. Für die Beurteilung der Lohnhöhe an einem Orte spielt die Höhe der Lebensmittelpreise eine entscheidende Rolle. Man wird für eine richtige Bemessung der Löhne an verschiedenen Orten den Unterschied der Lebensmittelpreise berücksichtigen müssen. Aber auch zur Beantwortung der Frage, ob in einem Orte, in einer bestimmten Gegend, in einem bestimmten Gewerbe mit Rücksicht auf eine Veränderung der Lebensmittelpreise eine Bewegung zur Erhöhung der Löhne notwendig ist, ist die Erkenntnis der Entwicklung der Lebensmittelpreise erforderlich. Für die Festsetzung der Löhne, aber auch für die von Gehältern spielen die Unterschiede im Niveau der Haushaltskosten eine bestimmende Rolle. Bei der Ausgestaltung von Tarifverträgen macht sich gleichfalls das Bedürfnis geltend, die Unterschiede der Haushaltskosten in den verschiedenen Gegenden und Orten genau kennen zu lernen; denn geht man von einem Einheitsfuß aus, so muß dieser sich je nach der Höhe der Haushaltskosten für die verschiedenen nach dem Niveau der Haushaltskosten abgestuften Gruppen von Orten modifizieren. Der Einheitsfuß würde an einem Orte mit niedrigen Lebensmittelpreisen einen weit höheren Lohn bedeuten als an einem Orte mit hohen. Es gibt also Gründe genug, die eine fortlaufende Beobachtung der Lebensmittelpreise an einer möglichst großen Anzahl von Orten zum Bedürfnis machen. Die Beobachtung muß fortlaufend sein, da man nur auf diese Weise ein Bild über das Niveau der Lebensmittelpreise an einem Orte erhalten kann. Einmalige Aufnahmen genügen nicht.“

Selbst wenn diese kurz geschilderten Bemühungen nur zum Teil vom Erfolg begleitet sein sollten, bleibt der Wert solcher, allzu lange vernachlässigten Preisstatistiken des „Konsumentenverkehrs“ ein ganz außerordentlicher. Gewerkschaften, die den Lohn, und Konsumgenossenschaften, die den Detailpreis mitzuregulieren streben, werden aus ihnen gleichviel Belehrung und Anregung schöpfen können. Aber auch für allgemeinere, wirtschafts- und sozialpolitische Zwecke behalten sie ihre Bedeutung.

Berlin, 25. Februar 1911.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die „Bäcker- und Konditorenzeitung“ hat für die Ausgelernten eine Beilage „Für die Jugend in unserem Berufe“ ihrer Nr. 9 beigelegt, die für den Anschluß an die Organisation Propaganda macht. In überzeugender Weise werden die Ausgelernten über die Notwendigkeit der Organisation und die Leistungen des Verbandes aufgeklärt.

Der Vorstand des Verbandes der Blumenarbeiter beruft den nächsten Verbandstag auf den 25. Mai nach Berlin ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Erwerbslosenunterstützung und die Beitragserhöhung sowie die Verschmelzungsfrage. Bezüglich der letzteren Frage besteht die Neigung zu einer Verschmelzung mit dem Hutmacherverbande, weil sich die beruflichen Interessen der beiden Gruppen berühren.

Eine Reichskonferenz der Versicherungsangestellten beruft der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten zum 17. April nach Berlin ein. Es soll über die soziale Lage und die wirtschaftlichen bzw. sozialpolitischen Forderungen sämtlicher Versicherungsangestellten, wie Unterbeamte, Akquisiteure und Einnehmer sowie über die Organisationsbestrebungen verhandelt werden.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat eine Zusammenstellung über ihre Entwicklung im letzten Jahrzehnt gemacht, der wir folgende Angaben entnehmen. Die Mitgliederzahl stieg von 22 374 im Jahre 1901 auf 79 854 im Jahre 1910. Allein im Jahre 1910 betrug die Steigerung nahezu 16 000 Mitglieder (von 64 081 auf 79 854). Erfreulich ist auch die Zunahme der weiblichen Mitglieder. Im Jahre 1901 gehörten erst 358 weibliche Mitglieder der Berliner Verwaltungsstelle an; 1910 waren es dagegen 7487. Und während im erstgenannten Jahre nur 403 weibliche Mitglieder aufgenommen wurden, betrug im Jahre 1910 die Zahl der weiblichen Neuaufnahmen 11 140. So hoch war die Zahl der Neuaufnahmen weiblicher Mitglieder noch nie. Freilich ist die Fluktuation noch recht groß. Aber man kann diese nicht an der Zahl der Neuaufnahmen in einem einzelnen Ortsgebiet zuverlässig messen, weil man die Zahl der Abgereisten und in anderen Verwaltungsstellen dem Verbands treu gebliebenen Mitglieder nicht kennt.

Die Entwicklung der Leistungen ist eine nicht minder bemerkenswerte. An Arbeitslosenunterstützung wurde im Jahre 1901 nur 91 870,58 Mk. ausgezahlt, 1910 waren es dagegen 431 996,05 Mk. Dabei war 1901 ein Krisenjahr, während 1910 zu den Jahren zunehmender Konjunktur gehörte. In den beiden Krisenjahren 1908/09 wurden für Arbeitslosenunterstützung 922 180 Mk. resp. 796 884 Mk. verausgabt. Das sind für einen einzelnen Ort ganz erhebliche Beträge. An Krankenkasse wurde 1901 gar nichts gezahlt, 1910 dagegen 415 327 Mk., für Streiks 1901 58 244 Mk., 1910 243 876 Mk. Dabei ist diese Ausgabe im Jahre 1910 geringer als in sämtlichen Jahren seit 1902, in welchem Jahre sie bereits den Betrag von 238 573 erreichte. Die höchste Summe erreichte dieser Ausgabenposten im Jahre 1905 mit 1 185 686 Mk. Für Rechtsschutz wurden im Jahre 1901 2559 Mk. verausgabt, im letzten Jahre dagegen 19 523 Mk. Auch dieser Betrag war niedriger im Jahre 1910 als in allen anderen Jahren seit 1903.

Die Ausgaben für Bibliothekszwecke stiegen von 523 Mk. in 1901 auf 3209 Mk. in 1910. Aber auch hier sind einzelne Jahre mit bedeutend höheren Ausgaben für diesen Zweck, so beispielsweise 1909 mit 9226 Mk., die für die Bibliothek ausgegeben wurden. Im Jahre 1902 zählte die Bibliothek erst 3500 Bände, während sie 1910 über einen Bestand von 10 378 Bänden verfügte. Ausgeliehen wurden 1901 insgesamt 13 264 Bände, 1910 aber 64 525 Bände. Es ist eine bedeutsame Bildungsarbeit der Berliner Metallarbeiterorganisation, die in diesen Zahlen zutage tritt, von der natürlich die diversen Gewerkschaftsgegner nichts zu wissen brauchen.

Die Lokalkasse hatte im Jahre 1901 einen Bestand von 176 912 Mk., 1910 dagegen 1 078 386 Mk. Das ist eine ganz akzeptable Steigerung des Vermögens eines einzelnen Ortsvereins des Verbandes unserer Metallarbeiter. Bedeutungsvoll erscheint auch die Entwicklung der Arbeitsvermittlung; im Jahre 1901 wurden 1197 Stellen vermittelt, 1910 dagegen 8804 Stellen. Die letztere Zahl wurde nur zweimal überholt, und zwar 1905 mit 9114 und 1906 mit 10 543 vermittelten Stellen.

Der Schneiderverband zählte am Schlusse des 4. Quartals 44 432 Mitglieder. Die Zunahme gegenüber 1909 beträgt 5912, davon 2005 weibliche Mitglieder.

Der Verband der Steinarbeiter steigerte seine Mitgliederzahl von 17 095 am Schlusse des Jahres 1909 auf 22 416 am 31. Dezember 1910, oder um 5321 = 31 Proz. Dieser erfreuliche Zuwachs wird vom Verbandsorgan nicht zum wenigsten auf die durch Beschluß der letzten Generalversammlung eingeführte Beitragsstaffelung zurückgeführt. Da die Beitragsstaffeln dem Verdienst angepasst worden sind, ermöglichen sie auch dem schlecht entlohten Berufskollegen den Beitritt zum Verbands-

Die Verbandsvorstände der Tabakarbeiter und Zigarrensortierer veröffentlichen in den resp. Verbandsorganen eine Vorlage zur Verschmelzung der beiden Verbände. Die Frage ist in den beteiligten Kreisen wiederholt diskutiert worden und es wurden auch vor Jahren positive Vorschläge gemacht, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Inzwischen hat sich der Gedanke immer mehr Bahn gebrochen, daß eine einheitliche leistungsfähige Organisation der deutschen Tabakarbeiter notwendig ist. Die jetzt von den beiden Vorständen gemeinsam gemachten Vorschläge tragen diesem Gedanken in vollem Maße Rechnung. Die Verbandszahlstellen erhalten eine einheitliche Verwaltung, aber zur Wahrnehmung der besonderen Berufsinteressen können die einzelnen Branchen örtliche Sektionen bilden, deren Leitung zusammen mit den Zahlstellenbevollmächtigten die bisherigen gemeinsamen Lohnkommissionen bildet, denen die gesamte Lohnbewegung am Orte nach Maßgabe der Verbandsverfassung untersteht. Die Beitragsfrage wird in der Weise gelöst, daß sechs Beitragsklassen eingerichtet werden mit folgenden Beiträgen:

Beitragsklasse	Gesamter Wochenbeitrag Mk.	Davon für allgemeine Verbandszwecke Mk.	Davon für Kranken- und Sterbe-Unterstützungszwecke Mk.
1	—,35	—,25	—,10
2	—,45	—,30	—,15
3	—,55	—,35	—,20
4	—,70	—,40	—,30
5	1, —	—,45	—,55
6	1,20	—,50	—,70

Entsprechend diesen Beiträgen werden die Rechte der Mitglieder geregelt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in Klasse 1 pro Tag 90 Pf., steigend auf 2,50 Mk. täglich in Klasse 6. Die Streikunterstützung steigt von 1,50 Mk. pro Tag in Klasse 1, auf 2,50 Mk. in Klasse 6. Die Krankenunterstützung beträgt in der ersten Klasse 35 Pf. pro Tag und steigt in der sechsten Klasse auf 2,45 Mk. Damit ist auch die Frage der Unterstützungen gelöst, die bisher das wesentlichste Hindernis der Verschmelzung war, weil die Sortiererorganisation von Beginn ihrer Tätigkeit an auf den Ausbau diesbezüglicher Einrichtungen großen Wert gelegt hatte, während die Tabakarbeiter erst im letzten Jahrzehnt an einen systematischen Ausbau ihrer Unterstützungseinrichtungen gegangen sind. Es ist zu erwarten, daß die vorliegenden Vorschläge in den Mitgliederkreisen Zustimmung finden, so daß die gewünschte Vereinigung zur Tatsache wird.

Vorstand und Ausschuß des Verbandes der Tapezierer schreiben einen Extrabeitrag von 50 Pf. auf die Dauer von 6 Wochen aus, um die Verbandstasse für die bevorstehenden Lohnbewegungen zu stärken.

Kongresse.

Vom belgischen Gewerkschaftskongreß 1910.

Ueber die belgische Gewerkschaftsbewegung ist unseren Lesern in den letzten Jahren verschiedentlich berichtet worden (1908 S. 81 u. S. 493; 1909 S. 658 u. S. 749; auch die Berichte des Internationalen Gewerkschafts-Sekretariats wären zu nennen), doch ist es vielleicht nützlich, auf die durch den Anschluß an die sozialistische Partei geschaffenen besonderen Verhältnisse hier noch einmal kurz hinzuweisen. Nach belgischem Gesetz kann eine Vereinigung von Arbeitern anerkannt werden, sofern sie gewisse Bedingungen erfüllt, deren wesentlichste die Anerkennung eines Schiedsgerichtes im Falle eines Arbeitskonfliktes ist; auch darf sie aus ihren Geldmitteln nicht anderen Organisationen Unterstützungen überweisen. (Gesetz vom 31. März 1898.)

Aber auch die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden eigentlichen Gewerkschaften sind noch erheblich gespalten; es gibt unter ihnen: 1. unabhängige, lokalistische, die keiner größeren Organisation fest angeschlossen sind; 2. solche der gleichen Gattung, welche jedoch der sozialdemokratischen Arbeiterpartei angeschlossen sind; 3. solche, die nur der Gewerkschaftskommission, aber nicht der Partei, und schließlich 4. solche, die der Partei und der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, genauer gesagt, der „Gewerkschaftskommission der Arbeiterpartei und der Unabhängigen Gewerkschaften“, die, wie leicht zu sehen, sich von Parteipolitik im allgemeinen zurückhalten muß, will sie nicht den Widerspruch des über seine politische Neutralität ängstlich wachenden Teiles der Mitglieder herausfordern.

Dem jahungsgemäß alljährlich im Dezember zusammen tretenden Kongreß lag der Bericht des Sekretärs, Gen. Bergmans, vor, aus welchem zunächst die Zahl der oben unter 3. angeführten Mitglieder hervorgeht, in Tausenden: 34 i. J. 1905, 42,5 (1906), 56 (1907), 67 (1908), 73 (1909) und leider nur 69 (1910). Diese Abnahme braucht nicht einen Rückgang der überhaupt organisierten zu bedeuten, sondern entspricht den entrichteten Beiträgen, 10 Centimes für jedes Mitglied; dabei haben aber sicher manche Gewerkschaften nicht für die volle Zahl ihrer Mit-

glieder Beiträge entrichtet. Eine Mitgliederabnahme melden allerdings die Maurer, die Bergarbeiter und die Weber von Verbiers, während u. a. die Holzarbeiter, die Buchdrucker und die Fabrikarbeiter eine Zunahme aufweisen. Die Beitragsleistungen erfolgen nicht rechtzeitig; und die meisten ange-schlossenen Gruppen halten das „Correspondenzblatt“, das in den beiden Landessprachen (Französisch und Flämisch) erscheint, nicht, wie es vom Statut verlangt wird.

Der Sekretär muß allen Organisationen, die ihrerseits noch keinen Beamten angestellt haben, als Berater dienen, durchschnittlich jede Woche zwei Tage von Brüssel abwesend sein, ein Umstand, durch welchen seine laufenden Arbeiten stark beeinträchtigt werden. Der Gedanke der Zusammenfassung der örtlichen Organisationen zu Landesverbänden hat in einer Anzahl von Berufen im Berichtsjahre Fortschritte gemacht, wenn auch noch nicht alle Ortsgruppen die Un-erläßlichkeit ihres Beitritts eingesehen haben. Eine Gewerkschaft (die Pflasterer) hatte sich auf ihrem Kongreß mit dem Vorschlag zu befassen, das Verbandsorgan eingehen zu lassen; der Vorschlag wurde abgelehnt, zeigt aber doch, wie wichtig es für das Land wäre, wenn endlich die allgemeine Schulpflicht zur Einführung gelangte, eine Forderung, die auch der Gewerkschaftskongreß sich zu eigen gemacht hat.

Die Centralstreikkasse, „Widerstandstasse“ und „Rückversicherungstasse“ sind ihre offiziellen Namen, Ende 1908 ins Leben gerufen (Corr.-Blatt d. Gen.-Komm. 1909, S. 658), 1909 organisiert und 1910 noch fakultativ — bis jetzt haben sich freiwillig etwa 41 500 Mitglieder angeschlossen, also noch nicht zwei Drittel der von der Kommission angegliederten Zahl —, soll mit dem Jahre 1911 obligatorisch werden. Unter bestimmten Voraussetzungen, bei lange dauernden Konflikten, hat die Kommission sähungsgemäß das Recht, über den auf 60 Centimes pro Mitglied festgesetzten Jahresbeitrag hinaus weitere Beiträge in unbegrenztem Maße einzuziehen. Ein Antrag der Wollwäscher-Gewerkschaft von Verbiers — bevor die Klasse überhaupt in Tätigkeit getreten ist! —, der auf gewisse Beschränkungen dieser Bestimmung abzielte, wurde vom Kongreß abgelehnt. Der tatsächliche Klassenbestand, der $41\,000 \times 0,6 = 24\,600$ Franken sein müßte, war Ende 1910 12 000 Franken. Manche größere Gewerkschaften sind eben erst im Laufe des Jahres beigetreten, andere sind noch im Rückstande.

Der Landesverband der Bauarbeiter ließ durch seinen Sekretär, de Brouwere, eindringlich auf die Notwendigkeit hinweisen, daß man sich nicht etwa mit der Centralisation der einzelnen Berufe begnügen darf, sondern daß vielmehr die Zusammenfassung in Industrieverbände in Angriff genommen werden muß. „Es ist beispielsweise ganz undenkbar, daß die dreißig verschiedenen Berufe, die bei Bauten beschäftigt sind, einen Erfolg erzielen können einem Unternehmertum gegenüber, das bereits zum Industrieverbande übergegangen ist. Wir Belgier müssen uns abgewöhnen, die Gewerkschaften auf der Grundlage des bearbeiteten Materials zu errichten; die vielen kleinen Gruppen sind ja naturgemäß schlecht verwaltet.“ Die hier angebotenen Vorschläge gipfeln in dem Wunsche, den § 3 der Satzungen der Kommission, der im Augenblick lautet: „Sie umfaßt (lose) Föderationen (von lokalistischen Gruppen) und Landescentralen der verschiedenen Berufe, sowie noch nicht centralisierte Verbände, sowie auch — wie eingangs übrigens ja bereits mitgeteilt — Lokalgewerkschaften, deren entsprechende Centralverbände der G.-K. noch nicht angegliedert sind“, zu ersetzen durch einen

Wortlaut, der nur Industriebünde zulassen will. Indes hielt die große Mehrheit des Kongresses die Zeit hierfür noch nicht gekommen und verwies die Frage zu erneutem Studium an die G.-K. zurück, u. a. aus dem Grunde, weil die Gliederung nach Industrien zu gewissen Grenzstreitigkeiten führen kann. So hat sich der Internationale Holzarbeiterkongress von Kopenhagen dahin ausgesprochen, daß die Bautischler und die Zimmerleute zu den Holzarbeitern zu rechnen sind.

Nicht viel besser erging es dem Vorschlage, den zurzeit 10 Centimes pro Mitglied betragenden Zuschuß zu den Kosten für das Sekretariat auf 20 Centimes zu erhöhen. Dieser Beitrag hat ursprünglich 2, dann 5 Centimes betragen. Erstens kann der Sekretär Pergmans die planmäßige Verfolgung der belgischen Arbeiterbewegung in der Presse, insbesondere der gelben und der Arbeitgeber, nicht mehr allein bewältigen, zweitens hat die Herausgabe des Correspondenzblattes ein Defizit von über 1400 Franken ergeben. Die Kommission erhielt vom Kongress den Auftrag, über die Beitragserhöhung eine Urabstimmung herbeizuführen, und zwar so zeitig, daß die Erhöhung gegebenenfalls am 1. Juli 1911 in Kraft treten kann.

Da die belgische Regierung eine gewisse Summe zur Unterstützung der Arbeitsnachweise in den Etat eingesetzt hatte, so nahm der Kongress Gelegenheit, die Anschauungen der organisierten Arbeiterschaft in folgendem Beschluß kundzugeben (Vorschlag der Bureauangestellten-Gewerkschaft): „In Anbetracht, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Wert der Arbeiter selbst sein muß, ferner, daß jeder Kompromiß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern lediglich die Stoßkraft der Arbeiterklasse zu schwächen geeignet ist, erklärt sich der Kongress als Gegner der paritätischen Arbeitsnachweise.“ Der von der G.-K. ernannte Berichterstatter hatte folgende Resolution vorgeschlagen: Die Arbeitsbörsen (so nennt man hier die Arbeitsnachweise) sollen 1. von den Gemeinden ins Leben gerufen werden, 2. von einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuß verwaltet werden, 3. nur von solchen Arbeitgebern Stellenangebote annehmen, welche die von den öffentlichen Behörden festgesetzten Mindestlöhne zahlen und die allgemein üblichen Arbeitsbedingungen gewähren, 4. im Falle eines Streiks oder einer Aussperrung für die in Betracht kommenden Firmen gesperrt sein, 5. Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln nur dann erhalten, wenn sie die Bedingungen 1 bis 4 erfüllen.

Im Laufe der Beratung wurden diese Forderungen vom Gen. Troclet, Deputierten von Lüttich — übrigens auch Berichterstatter über diese Frage beim Kopenhagener Kongress, unter dessen Druckfachen ein Ueberblick über die Arbeitsnachweise in Belgien enthalten ist —, zu ändern vorgeschlagen: „Das Ziel muß die Handhabung des Arbeitsnachweises ausschließlich durch die Arbeiterorganisationen sein. Die paritätischen Nachweise dürfen nur, und auch dies lediglich im Uebergangsstadium, unter folgenden Bedingungen zugelassen werden: 1. Begründung durch die Gemeinden (wie oben), 2. die Arbeiterbeauftragten werden ausschließlich von den Arbeiterorganisationen gewählt, 3. bis 5. wie der Berichterstatter. In der Debatte wurde, was ja nicht zu verwundern ist, über die Tätigkeit der privaten Stellenvermittler heftig Klage geführt und ihre Abschaffung durch Gesetz verlangt. Haben doch die Gastwirtsgehilfen für die Ehre, sich ausbeuten lassen zu dürfen, in den letzten 25 Jahren 7 Millionen Franken bezahlt. In Antwerpen sind für den Nachweis einer

Stelle auf einem Schiff 125 Franken verlangt und bezahlt worden, ja, damit noch nicht genug, die Vermittler haben einen Gummistempel, den sie auf die Hände der Arbeiter abdrücken, als ob es sich um Vieh handelte! In den klerikalen Gegenden des Landes kommen Uebergriffe der katholischen Mehrheit vor, die die Gelben vor den anderen vorziehen. Um diese Uebelstände zu beseitigen, wurde im Anschluß an die oben mitgeteilte Abstimmung der G.-K. der Auftrag erteilt, eine Enquete betreffend die Vermittlungsbureaus und die Arbeitsnachweise im ganzen Lande zu veranstalten, um so die Mißbräuche aufzudecken und dem nächsten Gewerkschaftskongress genaue Vorschläge unterbreiten zu können. (Maßmann-Antwerpen.)

Einen weiteren Gegenstand der Beratung bildete: „Der Anschlag, die Klarheit und die Verallgemeinerung der Lohntarife“. Der Berichterstatter, Dumortier, Sekretär der Genter Webergewerkschaft, verspricht sich von der Erfüllung dieser Forderung zwar keine Minderung der Profitgucht der Unternehmer, wohl aber das Verschwinden vieler kleiner Arbeitseinstellungen, also eine Klärung des Kampfgebietes. Die einstimmig angenommene Tagesordnung über diesen Punkt hat folgenden Wortlaut: „Der Kongress verpflichtet die einzelnen Ortsvereine, auf die Einführung eines klaren und ausführlichen Tarifes hinzuwirken, der in den Arbeitsräumen auszuhängen ist und von dem je ein Abzug jedem Arbeiter eingehändigt werden muß. Sobald diese Forderung erfüllt ist, ist es leicht, eine umfassende Bewegung zugunsten der Erringung eines verallgemeinerten Tarifes zu entfalten; dieser Tarif wird seinerseits das verhasste System der Akkordarbeit zum Verschwinden bringen und die menschliche Arbeitsweise: die Arbeit im Tagelohn herbeiführen helfen. Wir bitten gleichzeitig die Abgeordneten, in der Kammer von neuem zu beantragen, daß der Anschlag der Lohntarife in den Fabriken und Werkstätten durch Gesetz verlangt wird.“

Heimarbeiter-Resolution: „In Anbetracht dessen, daß die Heimarbeiter jeder Kontrolle entzogen ist, folglich die Ausbeutung der Arbeiter beginnt, daß die amtlichen Erhebungen Zustände scheußlichster Art zutage gefördert haben, die aufhören müssen, daß die Heimarbeiter durch drei Nachteile gekennzeichnet wird: Hungerlöhne, mißbräuchliche Beschäftigung von Frauen und von Kindern, daß mangels einer Regelung der Heimarbeiter das Gesetz (sog. sagen) diese zurückgebliebene Arbeitsform begünstigt, während es die Fabrikarbeit, die moderne Produktionsform, begünstigen müßte, erklärt sich der Kongress als unverzöhnlichen Feind der Heimarbeiter, fordert die Arbeiterabgeordneten auf, jede auf die Beseitigung dieser Produktionsweise abzielende gesetzgeberische Maßnahme zu unterstützen; fordert gleichzeitig die Arbeiterorganisationen auf, mit allen Mitteln an der Beseitigung der Heimarbeiter mitzuwirken, insbesondere bei ihren Einkäufen nicht diejenigen Geschäfte und Gewerbetreibenden zu berücksichtigen, welche ihren Arbeitern ungünstige Arbeitsbedingungen auferlegen und die Heimarbeiter aufrechterhalten (hierdurch ist der Gedanke, welchen der Berichterstatter, Neufens, der Sekretär der Heimarbeiterausstellung, geäußert hatte: die Begründung von Käufer-Ligen, mit enthalten, aber auf die Arbeiterausstellung begrenzt, ohne Appell an den guten Willen der bestehenden Klassen. S.), beauftragt die Abgeordneten, mit aller verfügbaren Energie für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht — ich erwähnte das schon — und des gewerblichen Unter-

rechts zu kämpfen, beauftragt die in den Gemeinde- und Provinzverwaltungen und in den Arbeitslosen- ausschüssen tätigen Genossen, den Ursachen der Arbeitslosigkeit in den Heimindustrien ihre größte Aufmerksamkeit zu schenken, um die Augen der Öffentlichkeit auf die systematisch herbeigeführte Arbeitslosigkeit zu lenken, deren Zweck die Erschöpfung der Gewerkschaftsklassen und die Vergeudung der aus öffentlichen Mitteln gewährten Beihilfen ist." Wie man sieht, ist diese Resolution bei dem an anderer Stelle (S. 125) besprochenen Gesetzesvorschlag, der vor dem Kongress eingereicht worden ist, nicht vollständig berücksichtigt, ein Umstand, den ich, da er auf dem Kongress erwähnt wurde, ausdrücklich hervorheben muß.

Eine eigenartige Frage, deren Aufwerfen allerdings schon die Entscheidung des Kongresses in sich schloß, gelangte nunmehr zur Verhandlung: „Kann eine und dieselbe Gruppe — es handelt sich um die Handlungsgehilfen in Lüttich — zu gleicher Zeit Mitglied des auf dem Standpunkte des Klassenkampfes stehenden Landesverbandes und des auch Arbeitgeber (!) zu seinen Mitgliedern zählenden, auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit beruhenden Verbandes der gleichen Berufsgruppe sein?" Diese Frage konnte ja überhaupt nur vor den Kongress kommen, weil der sozialistische Landesverband der Handlungsgehilfen der G.-A. noch nicht abgeschlossen ist.

Der Vorschlag, den Gewerkschaftskongress statt alljährlich nur alle zwei Jahre zusammentreten zu lassen, dann würde natürlich eine zweitägige Dauer an den Weihnachtstagen nicht mehr genügen, fand nicht die Mehrheit; zwar kann unbestreitbar die Vorbereitung und die Durchführung der gefassten Beschlüsse in einem Jahre nicht zur allgemeinen Zufriedenheit erfolgen, aber auf der anderen Seite ist es leichter, in dem kleinen Lande Arbeiter und nicht Gewerkschaftsangestellte zum Kongress zu entsenden, wenn man von den Arbeitgebern keinen Urlaub zu verlangen braucht. Trotz des Hinweises auf die deutschen und österreichischen Gewerkschaften, die ja nur alle drei Jahre Kongresse abhalten, wurde es bei der bisherigen Gepflogenheit gelassen, mit großer Mehrheit.

Damit hatte der Kongress, der, wie der Vorsitzende hervorheben konnte, einen erfreulichen Fortschritt bedeutete hinsichtlich des Ernstes, der Ruhe und der Kameradschaftlichkeit der Beratungen, sein Ende erreicht.

Das belgische Gewerkschaftsleben zeigt, wie mir scheint, recht gut den Widerstreit der deutschen und der französischen Anschauungen, wovon sich ja auch der als Gast anwesende Genosse Jouhaux von der C. G. T. (Confédération Générale du Travail, Frankreich) überzeugen konnte. Hat schon der ganze Verlauf des Kongresses gezeigt, daß die Belgier sich mehr und mehr von dem deutschen Beispiel leiten lassen, so kommt diese Tatsache noch deutlicher zum Ausdruck durch den auf Vorschlag Bergmans' gefassten Beschluß, unter der Führung des Genossen de Man, der übrigens die Uebersetzungen beim Kongress französisch-flämisch und umgekehrt gewerkschafts- und Parteieinrichtungen zu unternehmen. Die Meldungen hierzu sind inzwischen so zahlreich eingelaufen, daß zwei Abteilungen gebildet werden müssen.

Ebenfalls nach dem Muster der Berliner Materialsammlung für Gewerkschaftsverwaltung ist wäh-

rend des Kongresses eine kleine Ausstellung der entsprechenden belgischen Drucksachen veranstaltet gewesen.
Danauer-Drüffel.

Lohnbewegungen und Streiks.

Zur Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter.

II.

Selbstverständlich ließen sich durch alles das die Verbände nicht abhalten, die in der Lohnfrage weiter zu unternehmenden Schritte zu tun. Am 14. Dezember fand eine Vorständekonferenz statt, um die ablehnende Antwort des Zechenverbandes und der fiskalischen Grubenverwaltung zu beraten. Einmütig wurde die Meinung ausgesprochen, daß die angeführten Gründe zur Ablehnung der Forderungen nicht als stichhaltig anerkannt werden könnten und beschlossen, in kürzester Frist Revierkonferenzen abzuhalten, um die weiter zu unternehmenden Schritte mit den Vertrauensleuten der Bergarbeiter zu beraten. In dem gefassten Beschluß war dann weiter gesagt:

„Die Vorständekonferenz protestiert gegen die Anwürfe in der Presse, als ob die Verbände bei ihrer Lohnbewegung politische oder sonstige Nebenzwecke geleitet haben; die Lohnbewegung dient lediglich der Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter. Die Konferenz bedauert, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter beginnt, die Lohnbewegung auf das politische Gebiet hinüberzuschieben.“

Die Revierkonferenzen fanden dann am 26. Dezember statt und beschlossen einstimmig, am 6., 8., 15. und 22. Januar 1911 für alle Zechen des Ruhrreviers Belegschaftsversammlungen einzuberufen, um die Meinung der Belegschaftsversammlungen zu hören. Es haben daraufhin an den genannten Tagen im Ruhrgebiet über 200 von den drei Verbänden einberufene Belegschaftsversammlungen stattgefunden. Überall wurde der Arbeiterausschuß beauftragt, die Forderungen der Verbände den einzelnen Zechenverwaltungen einzureichen. Wo sich der Arbeiterausschuß hierzu nicht bereit erklärte, was nur in wenigen Fällen geschah, wurden zu diesem Zweck von den Belegschaftsversammlungen Kommissionen gewählt.

Der Arbeiterausschuß hat gesetzlich das Recht, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft bei der Verwaltung der Zeche vorzubringen. Diesen Weg beschritten die Belegschaften, weil es der letzte zu einer friedlichen Verständigung war. Aber auch hier fuhr die Gewerksvereinsleitung den Verbänden in die Parade. Sie arrangierte in allen größeren Orten des Ruhrreviers Versammlungen, zu denen die Funktionäre des Gewerksvereins aus der weitesten Umgegend zusammengetrommelt wurden; diese Leute erhielten Fahrgehalte und Spesen, so daß der Gewerksvereinsleitung die Vertrauensvotums, die sie sich in diesen Versammlungen von den außerdem noch zusammengetrommelten Zentrumsanhängern, die sich rekrutierten aus Geschäftsleuten, Handwerkern und Arbeitern anderer Berufe, ausstellen ließ, recht teuer geworden sind. Vor den öffentlichen Versammlungen fanden außerdem noch vertrauliche Konferenzen statt, um jede Opposition schon von vornherein mundtot zu machen. So groß war die Angst der Gewerksvereinsleitung!

Obschon die Gewerksvereinsleitung unter der Last des so schwer bezahlten Vertrauens fast zusammenbrach, inszenierte sie auch noch eine Urab-

stimmung unter ihren Mitgliedern, welche zur vollendeten Komödie wurde. Die Stimmabgabe war nicht geheim. Die vorher dressierten Funktionäre gingen zu den Mitgliedern von Haus zu Haus und ließen sich eine Liste unterschreiben für oder gegen die Haltung der Gewerkevereinsleitung. Dieses Unterschreiben wurde in einer Weise gehandhabt, daß die Mitglieder meistens völlig im unklaren darüber blieben, was sie unterschrieben hatten. Viele hatten die Frage so verstanden, ob sie im Falle eines Streiks mitstreifen würden, was von ihnen selbstverständlich bejaht wurde. Wo der Mann nicht zu Hause war, mußte die Frau, ja sogar die Kinder unterschreiben.

Den Boden für dieses unwürdige Gaukelspiel hatte die Gewerkevereinsleitung durch eine beispiellose Heze gegen die drei Verbände vorbereitet. Wir haben im ersten Artikel einige Proben davon wiedergegeben. In den vertraulichen Konferenzen war den Funktionären außerdem gesagt worden, die Zeit sei jetzt zu ungünstig zu einer Lohnbewegung. Sobald dieselbe günstiger würde, ginge die Gewerkevereinsleitung in der Lohnfrage energisch vor. Effert würde dann die Siebenerkommission einberufen, um eventuell den Generalstreik, wie er ihn im November 1908 in Hannover und im Januar 1910 einem Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gegenüber angekündigt habe, zu verwirklichen.

Es gehört allerdings schon ein starker Köhlerglaube dazu, um diesen Köhl zu glauben, aber die Funktionäre des Gewerkevereins glaubten daran und stellten ihrer Leitung das gewünschte Vertrauensvotum aus. Wie groß die Kopflosigkeit der Gewerkevereinsleitung aber trotzdem noch war, ergibt sich daraus, daß sie ihre vom Zechenverband abgelehnte Bittschrift den einzelnen Zechenverwaltungen durch die Arbeiterausschüsse überreichen ließ. Dieses Vorgehen war durchaus unkorrekt und ungeschicklich, weil die Arbeiterausschüsse wie schon gesagt nur berechtigt sind, die Wünsche und Forderungen der Belegschaften den Zechenverwaltungen zu unterbreiten, und letztere nur verpflichtet sind, Forderungen und Wünsche der Belegschaften entgegenzunehmen. Ueberschreiten die Arbeiterausschüsse aber ihre Befugnisse, so können sie laut Gesetz aufgelöst werden. Ihre Befugnisse überschritten sie aber zweifellos, wenn sie die Bittschrift der Gewerkevereinsleitung unterbreiteten. Das alles schien die völlig kopflose Gewerkevereinsleitung nicht bedacht zu haben.

Aber noch etwas anderes machte der Gewerkevereinsleitung Schwierigkeiten; mindestens 80 bis 85 Proz. der Arbeiterausschüsse gehören den in der Lohnfrage einig vorgehenden Verbänden an und waren sicher nicht gewillt, sich vor den christlich-gelben Karnevalsstarren spannen zu lassen. Wie man dieses Ziel zu erreichen suchte, zeigt folgendes Dokument, welches der Verbandsleitung von einem darüber aufs höchste empörten Arbeiterausschußmitglied des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter zur Verfügung gestellt wurde:

„Werter Kamerad! Anbei übersende ich Dir eine Eingabe für die Zechenverwaltungen. Ich erfinde Dich, wenn es Dir möglich wird, diese Eingabe von den Ausschußmitgliedern des alten Verbandes und überhaupt von allen Ausschußmitgliedern unterschreiben zu lassen.

Wo es Dir nicht glückt, daß die nicht zu unserer Organisation gehören es unterschreiben, so gibst Du dieselbe im Sinne der christlich organisierten Ausschußmitglieder an die Verwaltung der Zeche ab. Dieses muß aber sofort geschehen. Es

ist Deine Aufgabe, nach Möglichkeit und durch Raffinesse die Unterschriften der Verbändler zu bekommen. Also bitte Sorge und gebe mir umgehend den Ausfall bekannt.

Hermann Franke, Bezirksleiter.

NB. Du darfst aber den Verbändlern diese Eingabe nicht in die Hände geben und auch nichts von diesem Schreiben sagen.“

Wirklich, eine saubere Junft, die ihr Ziel so auf Schleichwegen zu erreichen sucht, wie es in diesem Rundschreiben eines christlichen Bezirksleiters zum Ausdruck kommt. Und diese Junft sagt anderen, sie sollten anständiger kämpfen!

Trotz der verräterischen Haltung und unfauberen Kampfesweise der Gewerkevereinsleitung und der dadurch geschaffenen ungünstigen Lage, unternahmen die Verbände doch alle Schritte, die zweckdienlich erschienen, die Lohnbewegung zu fördern. Zu diesem Zweck fand auch am 27. Januar eine Sitzung des Internationalen Comités der Bergarbeiter in Dover (England) statt, um sich mit den Lohnbewegungen der Bergarbeiter in den verschiedenen Ländern, besonders der deutschen Bergarbeiter, zu beschäftigen. Vertreten waren England, Frankreich, Belgien, Oesterreich und Deutschland. Folgende von den englischen Vertretern vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme:

„Diese Versammlung des Internationalen Comités der Bergarbeiter bedauert die Handlungsweise des deutschen christlichen Gewerkevereins während der Bewegung für eine Lohnerhöhung. Es ist unsere Ansicht, daß die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne erzielt werden wird, wenn alle Bergarbeiterorganisationen Deutschlands einig und geschlossen handeln.

Wir schlagen deshalb den hier vertretenen deutschen Bergarbeiterverbänden vor, ihre Agitation zugunsten der Lohnerhöhung fortzusetzen. Und wenn die deutschen Bergarbeiter, nachdem sie alle Mittel der gütlichen Einigung mit den Unternehmern erschöpft haben, sich entschließen sollten, zum Streik zu greifen, wird das Internationale Comité auf ihr Verlangen aufs neue zusammen treten, um über die praktischen Mittel zu beraten, mit denen man sie in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum unterstützen könnte.“

Mr. Abrahams begründete diese Resolution und äußerte dabei scharfe Worte gegen das schädliche Treiben der sich christlich nennenden Gewerkevereinsleitung, die, wie er sagte, ihrem Namen wenig Ehre machte.

Den Zechenverwaltungen wurde selbstverständlich durch dieses Verhalten der Gewerkevereinsleitung in die Hände gearbeitet. Sie lehnten darum auch die ihnen von den Arbeiterausschüssen im Auftrage der Belegschaften überreichten Forderungen entweder ab oder machten doch nur recht unverbindliche Versprechungen. Ihre ablehnende Haltung begründeten sie mit der immer noch ungünstigen Geschäftslage in der Montanindustrie, ferner mit der englischen Konkurrenz, welche sie zwingt, die Kohlen unter den Nichtpreisen des Syndikats zu verkaufen. Die meisten Zechenverwaltungen aber versprachen, bei weiter steigender Konjunktur auch die Löhne entsprechend steigen zu lassen.

Eine Anzahl Zechenverwaltungen versprachen auch, die Löhne sofort etwas aufzubessern. Es wurde von ihnen anerkannt, daß die Arbeiter unter der herrschenden Teuerung sehr zu leiden hätten, aber betont, daß daran nicht die Zechen schuld seien, son-

den die Parteien, welche für die hohen Zölle gestimmt hätten. Der Direktor der Zeche Rheinpreußen wurde sogar noch deutlicher, er sagte: die Arbeiter sollten sich wegen der Teuerung beim Zentrum beschweren.

Viele Zechenverwaltungen beriefen sich bei ihrer ablehnenden Haltung auch auf den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. Sie führten an, die christlichen Arbeiter wünschten ja keine 15 Proz. Lohnerhöhung, diese hätten in ihrer Witschrift nur gebeten, das Zahlen von Löhnen zu vermeiden, welche weit unter dem Durchschnitt stehen. Herr Grubendirektor Köh von Zeche Consolidation, las dem Arbeiterausschuß zur Begründung seiner ablehnenden Haltung sogar ein von der Gewerksvereinsleitung herausgegebenes Flugblatt vor. Dabei hat diese Zeche 1909 20 Prozent und im letzten Geschäftsjahr 19 Prozent Dividende verteilt.

Bezüglich des Verbauens wurden ebenfalls von einer Anzahl Zechenverwaltungen Zugeständnisse gemacht; der Arbeitsnachweis aber wurde von allen, frei nach Hüskes, als Wohlfahrtseinrichtung gepriesen, die mit großen Opfern für die Arbeiter geschaffen worden sei. Dafür sollten die Arbeiter ihnen doch dankbar sein.

Man sieht, alle Gründe der Gewerksvereinsleitung gegen die Forderungen der drei Verbände haben sich die Zechenherren zueigen gemacht. Und da beklagen sich diese Leute noch, wenn sie als schwarzgelbe Zechenknechte bezeichnet werden, d. h. wenn jemand das Kind beim richtigen Namen nennt.

Am 12. Februar fand in Bochum eine von den drei in der Lohnfrage einig vorgehenden Verbänden einberufene Revierkonferenz der Schachtdelegierten statt, um die Verträge über die stattgefundenen Sitzungen der Arbeiterausschüsse mit den Zechenverwaltungen entgegenzunehmen und über die weiter zu unternehmenden Schritte zu beraten. Anwesend waren 419 Delegierte, welche 260 Schachtanlagen vertraten. Sämtliche Konferenzteilnehmer erkannten die ablehnende Haltung der Grubenherren als unberechtigt und die dafür angeführten Gründe als nicht stichhaltig an; soweit Zugeständnisse gemacht sind, wurden dieselben als ungenügend bezeichnet. Einstimmigkeit herrschte aber auch darüber, daß die Grubenherren eine entgegenkommendere Haltung eingenommen hätten, wenn der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter gemeinsam mit den anderen Organisationen vorgegangen wäre; die Gewerksvereinsleitung habe, so wurde unter allseitiger Zustimmung ausgeführt, den Grubenherren die Waffen zur Bekämpfung der Arbeiterforderungen geliefert; sie sei darum dafür verantwortlich zu machen, wenn bisher durch die Lohnbewegung nicht mehr erzielt wurde.

Weiter sprachen sich die meisten Delegierten aller drei Organisationen gegen einen sofortigen Streik aus. Der Kampf soll vertagt werden, um abzuwarten, ob die Grubenherren ihre gegebenen Versprechungen einlösen werden. Auch soll der Gewerksvereinsleitung damit der Hauptvorwand, der Verband habe die Lohnbewegung wegen der bevorstehenden Reichstagswahlen inszeniert, weshalb sich der Gewerksverein derselben nicht anschließen könne, genommen werden. Eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Resolution, worin die Grubenherren ihre Versprechungen nicht erfüllen, die Lohnbewegung zu gelegener Zeit wieder mit aller Energie aufzunehmen und nötigenfalls mit den äußersten Mitteln

durchzuführen, wurde mit 349 gegen 69 Stimmen bei geheimer Abstimmung angenommen.

Damit ist die Lohnbewegung in ein neues Stadium getreten und der Gewerksvereinsleitung werden ihre vergifteten Waffen aus der Hand geschlagen. Wir glauben aber nicht, daß sie ihre Haltung ändern wird, denn dieselbe entspricht der Tendenz und der ganzen Entwicklung der christlichen Gewerkschaften: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ Nach diesem von oben gegebenen Machtspruch haben sich die christlichen Gewerkschaften zu richten. Die Zeiten, wo sie den Bischöfen ihr: „Bis hierher und nicht weiter, Ihr Herren Bischöfe!“ entgegenbrachten, wo Effert, Hüskes et tutti quanti ihre blutrünstigen Generalfreikredens halten konnten, um Mitglieder zu fangen, sind vorbei! Die schwarzgelben Strategen haben Order zu parieren! Das hat die Gewerksvereinsleitung getan, daraus erklärt sich ihre Haltung! Das ist das Entscheidende auch bei künftigen Gewerkschaftskämpfen, welches von vornherein in Rechnung gestellt werden muß; es ist um so bedeutungsvoller, als der Gewerksverein die übrigen christlichen Gewerkschaften an Stärke und Bedeutung weit überragt und ihnen als Vorbild gilt. Es kommt noch hinzu, daß die Bergarbeiter es mit dem weitaus mächtigsten und rücksichtslosesten Unternehmertum zu tun haben. Und selbst diesen schlimmsten Scharfmachern leisten die christlichen Gewerkschaften Handlangerdienste; ein Beweis, wie tief sie schon gesunken sind.

Theodor Wagner.

Tarifbewegungen in Dänemark.

Durch die Ausbreitung der Kollektivverträge in Dänemark hat der Umfang der jährlichen Tarifbewegung erheblich zugenommen, wie auch die Bedeutung etwa ausbrechender Kämpfe für die Volkswirtschaft des Landes gesteigert worden ist. Die kleinen lokalen Konflikte führen infolge der Zentralisation der Unternehmerorganisationen leicht zu Kämpfen, die ganze Industrien des Landes umfassen und die natürliche Folge sind die centralen Abmachungen, die schließlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im ganzen Lande regeln. Vor wenigen Monaten haben die Schmiede und Maschinenaubauer ihren Reichsvertrag auf fünf Jahre erneuert, wobei eine Erhöhung des Minimallohnes um 3 Öere pro Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich $\frac{1}{2}$ Stunde auf $9\frac{1}{2}$ Stunden während der acht Monate März—Oktober erreicht wurde. In den 4 Wintermonaten wird 9 Stunden täglich gearbeitet. Eine prinzipielle Errungenschaft ist die Festlegung eines Rechtes der Arbeiter auf 3 Tage Ferien im Sommer, die allerdings nicht bezahlt werden. Aber es ist immerhin nicht ganz bedeutungslos, wenn für eine ganze Industrie die Ferienfrage von der Unternehmerorganisation prinzipiell anerkannt wird.

Die Lagerschneider in Kopenhagen haben nach einem mehrwöchigen Streit einen Tarif auf fünf Jahre abgeschlossen, der eine Erhöhung der Akkordpreise um 5 bis 8 Proz. und des Zeitlohnes um 1 bis 2 Kronen pro Woche bringt. Ferner ist die Ueberzeitarbeit mit 50 Proz. und Nachtarbeit mit 100 Proz. Zuschlag zu bezahlen, während bisher kein Zuschlag gezahlt wurde. Der Tarif gilt für zirka 2000 Arbeiter.

Der Reichsvertrag in der Textilindustrie ist auf fünf Jahre erneuert worden, innerhalb welcher Zeit der Lohn sukzessive steigt. Im wesentlichen erhalten die Arbeiter einen Lohnzuschlag von 3 Öere pro Stunde zu den bisherigen Minimallohnen. Alle bisherigen Positionen der Ar-